ZEW

TRANS FOR MATION

ZEW JAHRESBERICHT 2023

Leibniz Gemeinschaft

TRANS FOR MATION

ZEW JAHRESBERICHT 2023

INHALT.

[04] Vorwort

[06] Mission

[07] Über uns

[08] Organigramm

[09] Gremien

[10] Zahlen & Fakten

[12] Personal & Finanzen

[14] Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft

[16] 30 Jahre ZEW-Förderkreis e. V.

[18] Transformation am ZEW

... IN DER KAUFMÄNNISCHEN GESCHÄFTSFÜHRUNG

Fragen an Thomas Kohl und Claudia von Schuttenbach

... IM SPRACHMANAGEMENT

... IM ZEW-FINANZMARKTTEST

... IM HR-BEREICH

... IN DER FORSCHUNG

DOSSIER TRANSFORMATION

[34] Prof. Achim Wambach, PhD
zur Produktivität in Deutschland

[36] A // MENSCH

[40] B // MARKT

[44] C // ENERGIE

FORSCHUNG UND BERATUNG

[52] Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte

[58] Arbeitsmärkte und Sozialversicherungen

[64] Digitale Ökonomie

[70] Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik

[76] Marktdesign

[82] Umwelt- und Klimaökonomik

[88] Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft

[94] Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik

[100] Ungleichheit und Verteilungspolitik

THOMAS KOHL
KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
[bis 29.02.2024]
PROF. ACHIM WAMBACH, PHD
PRÄSIDENT

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

2023 war ein schwieriges Jahr für Wirtschaft und Gesellschaft: Nahost-Konflikt, zwei Jahre Ukraine-Krieg, vier Jahre Stagnation. Gleichzeitig müssen Deutschland und Europa gewaltige Transformationsaufgaben bewältigen. Das ZEW begleitet diese Themen wissenschaftlich und gibt der Politik konkrete Empfehlungen an die Hand. Welche genau, erfahren Sie in unserem Dossier zum Thema „Transformation".

Für das ZEW war 2023 ein erfolgreiches Jahr: Unser Institut erhielt in der alle sieben Jahre stattfindenden Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft Bestnoten hinsichtlich Forschung, Beratung und Wissenstransfer. Eine tolle Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Forschungs- und Serviceeinheiten. Grund zur Freude und Ansporn zugleich!

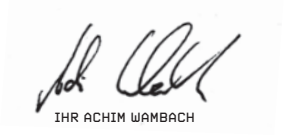
Nach 30 Jahren als Leiter des Bereichs „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik" verabschiedeten wir beim jährlichen ZEW-Alumnitag Dr. Georg Licht in den Ruhestand. Wir freuen uns, mit Prof. Dr. Hanna Hottenrott von der TU München eine renommierte Innovationsökonomin als seine Nachfolgerin gewonnen zu haben. Ebenso erfreulich ist der Ruf von Dr. Simon Reif auf eine Professur für Gesundheitsmärkte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg zum Oktober 2023 – ein weiterer Baustein beim Ausbau der Gesundheitsökonomie am ZEW.

Auch in der Beratung war das ZEW auf höchster Ebene gefragt. Prof. Dr. Irene Bertschek wurde vom Bundesforschungsministerium in das Forum #Zukunftsstrategie berufen. Daneben ist sie im Zukunftsrat des Bundeskanzlers aktiv sowie stellvertretende Vorsitzende der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI). Und Bundesfamilienministerin Lisa Paus ernannte Prof. Dr. Holger Stichnoth zum Mitglied der Familienberichtskommission. Mit der Beteiligung von Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen in der Fokusgruppe private Altersvorsorge des Bundesfinanzministeriums und Prof. Dr. Melanie Arntz im Rat der Arbeitswelt können wir so die ZEW-Expertise umfassend der Regierung zur Verfügung stellen.

Anlass zu feiern gaben zahlreiche Jubiläen im Jahr 2023: Das Mannheimer Innovationspanel (MIP) startete vor drei Jahrzehnten als erste europaweite Innovationserhebung und erhielt 2023 den renommierten Schumpeter School Preis. Ebenso beging der ZEW – Förderkreis Wissenschaft und Praxis e. V. sein 30-jähriges Bestehen. Und zehn Jahre hatte der mit der Universität Mannheim ins Leben gerufene Wissenschafts-Campus MannheimTaxation zu feiern – ein Leuchtturmprojekt, das die deutsche Steuerforschung der vergangenen Jahre eindrücklich geprägt hat.

Schließlich, ein Ausblick in eigener Sache: 2024 bringt für das ZEW einen bedeutenden Wechsel. Nach 32 Jahren verabschiedeten wir Thomas Kohl Ende Februar 2024 in den Ruhestand. Als kaufmännischer Geschäftsführer prägte er die Entwicklung des Instituts seit 20 Jahren kontinuierlich, engagiert und erfolgreich. Claudia von Schuttenbach übernahm ab März seine Nachfolge. Mit ihrer Erfahrung und Expertise aus dem Hochschulbereich ist sie bestens vorbereitet, das ZEW weiter voran zu bringen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!



IHR ACHIM WAMBACH

IHR THOMAS KOHL

MISSION.

Unabhängige und fundierte Wirtschaftsforschung mit Politikrelevanz – dafür steht das ZEW. Die Themen des Instituts bewegen sich nah am Zeitgeschehen. Politik- und gesellschaftsrelevante Fragen wie

DIGITALISIERUNG
EUROPÄISCHE INTEGRATION
ENERGIEWENDE

prägen als übergreifende Themen die Forschungsagenda. Das ZEW berät politische Entscheiderinnen und Entscheider an den zentralen Schaltstellen unter anderem in diesen Feldern und bringt sich aktiv in die öffentliche Debatte ein.

MIT SEINER ARBEIT VERFOLGT DAS ZEW ZWEI ZENTRALE ZIELE

POLITIK-RELEVANTE FORSCHUNG

WISSEN-SCHAFTLICH FUNDIERTE POLITIK-BERATUNG

ÜBER UNS.

Das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim gehört zu den führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten mit europäischer Reichweite und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Unser Anspruch ist es, Wissenschaft zum Nutzen der Gesellschaft zu betreiben. Der Fokus unserer Forschung liegt daher auf anwendungsbezogenen Fragestellungen. Übergreifender Forschungsleitgedanke ist die **Analyse und das Design funktionstüchtiger Märkte und Institutionen in Europa**. Konkret befassen wir uns damit, wie die Rahmenbedingungen von Marktprozessen gestaltet sein müssen, um eine nachhaltige und effiziente wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen.
Die evidenzbasierte Politikberatung ist ein weiteres Ziel des ZEW. Dabei erlauben es die Größe des Instituts und das breite inhaltliche Spektrum unserer Forschungseinheiten, umfangreiche und komplexe wirtschaftspolitische Beratungsaufträge zu bearbeiten.

Unter der Leitung des Präsidenten Prof. Achim Wambach, PhD und der kaufmännischen Geschäftsführerin Claudia von Schuttenbach (seit 1.3.2024, bis 29.2.2024 war Thomas Kohl kaufmännischer Geschäftsführer) arbeiten am ZEW derzeit rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in neun Forschungseinheiten, fünf Nachwuchsforschungsgruppen und zwei Servicebereichen.

189
MITARBEITER/INNEN

9
FORSCHUNGS-EINHEITEN

5
NACHWUCHS-FORSCHUNGS-GRUPPEN

2
SERVICE-EINHEITEN

ORGANIGRAMM.

STAND: MAI 2024

INSTITUTSLEITUNG

PROF. ACHIM WAMBACH, PHD
Präsident

THOMAS KOHL
Kaufmännischer Geschäftsführer
(bis 29.02.2024)

CLAUDIA VON SCHUTTENBACH
Kaufmännische Geschäftsführerin
(seit 01.03.2024)

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

VORSITZENDER:
Prof. Dr. Kai A. Konrad
STELLVERTRETUNG:
Prof. Dr. Nadine Riedel

AUFSICHTSRAT

VORSITZENDER:
Dr. Hans Reiter
STELLVERTRETUNG:
Dr. Ralf Krieger

STABSSTELLE

FORSCHUNGSEINHEITEN

ALTERSVORSORGE UND NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE
Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen

ARBEITSMÄRKTE UND SOZIALVERSICHERUNGEN
Prof. Dr. Nicolas R. Ziebarth

DIGITALE ÖKONOMIE
Prof. Dr. Irene Bertschek

INNOVATIONSÖKONOMIK UND UNTERNEHMENSDYNAMIK
Prof. Dr. Hanna Hottenrott

MARKTDESIGN
Prof. Achim Wambach, PhD
(kommissarische Leitung)

UMWELT- UND KLIMAÖKONOMIK
Prof. Dr. Sebastian Rausch

UNTERNEHMENSBESTEUERUNG UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT
Prof. Dr. Friedrich Heinemann

Forschungsgruppe
GESUNDHEITSMÄRKTE UND GESUNDHEITSPOLITIK
Prof. Dr. Simon Reif

Forschungsgruppe
UNGLEICHHEIT UND VERTEILUNGSPOLITIK
Prof. Dr. Holger Stichnoth

SERVICEEINHEITEN

KOMMUNIKATION
Dr. Frank Herkenhoff

ZENTRALE DIENSTLEISTUNGEN
Daniel Scheuermann

ZEW FÖRDERKREIS Wissenschaft und Praxis

MaCCI MANNHEIM CENTRE FOR COMPETITION AND INNOVATION

MANNHEIM TAXATION Leibniz WissenschaftsCampus

ZEW | FDZ ForschungsDatenZentrum

GREMIEN.

STAND: MAI 2024

AUFSICHTSRAT

Vorsitzender

DR. HANS REITER
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Stellvertretender Vorsitzender

DR. RALF KRIEGER
Freudenberg SE

DR. ELGA BARTSCH
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

HEIKO ENGLING
Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

DR. NATALIA JAEKEL
Staatsministerium Baden-Württemberg

MICHAEL KLEINER
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg

PROF. DR. INGRID OTT
KIT – Karlsruher Institut für Technologie

DR. INES PLOSS
Heidelberg Materials AG

PROF. DR. THOMAS PUHL
Universität Mannheim

DR. ALBRECHT SCHÜTTE
MdL Baden-Württemberg

PROF. DR. PETER WINKER
Justus-Liebig-Universität Gießen

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Vorsitzender

PROF. DR. KAI A. KONRAD
Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, München

Stellvertretende Vorsitzende

PROF. DR. NADINE RIEDEL
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

PROF. DR. ÖZLEM BEDRE DEFOLIE
European University Institute (EUI), Florenz, IT

PROF. DR. JAKOB DE HAAN
Universität Groningen, NL

PROF. DR. OTTMAR EDENHOFER
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

PROF. BERND FITZENBERGER, PHD
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg

PROF. DIETMAR HARHOFF, PHD
Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München

PROF. DR. AXEL OCKENFELS
Universität zu Köln

PROF. JÖRG ROCHOLL, PHD
European School of Management and Technology (ESMT), Berlin

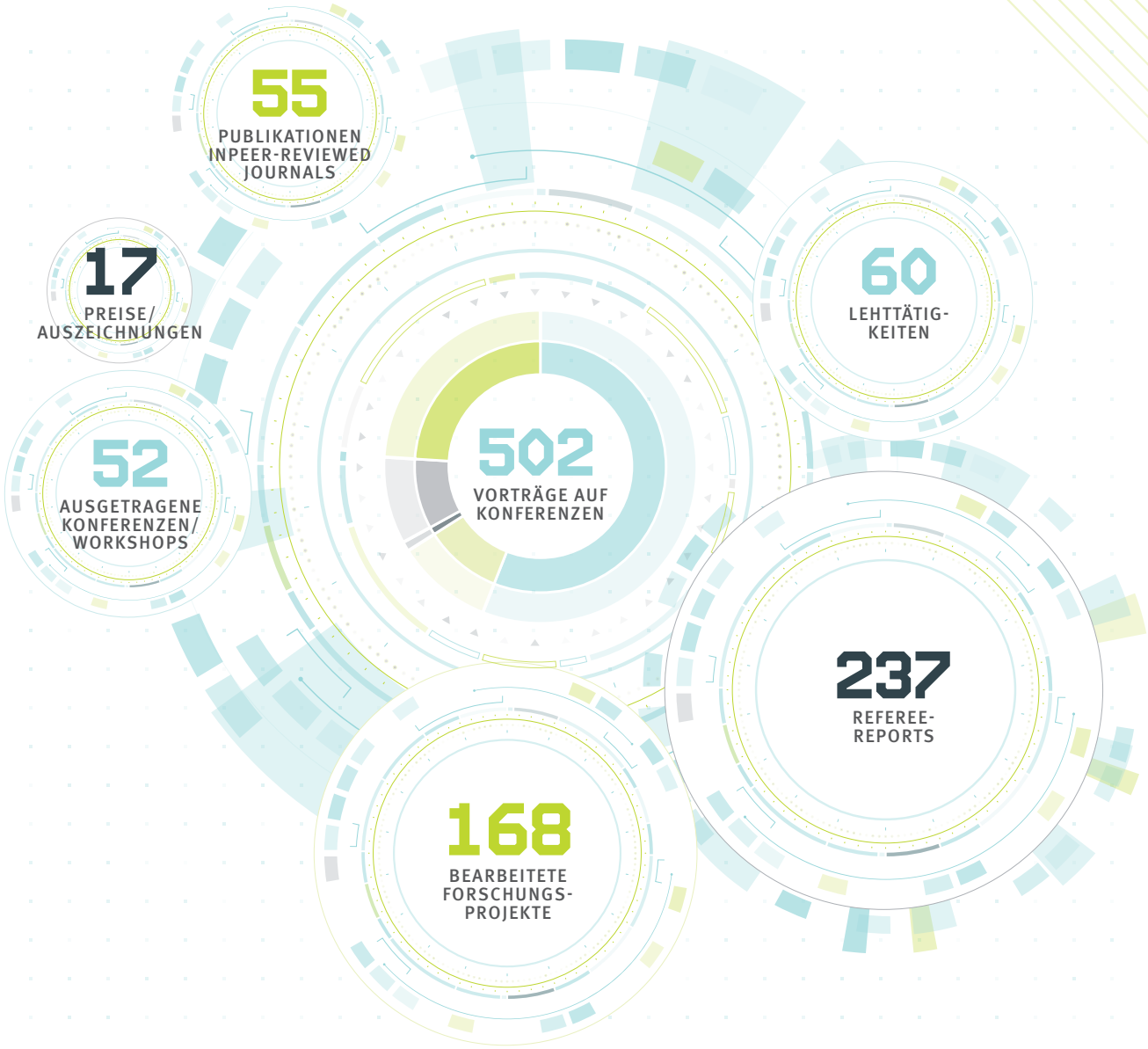
PROF. DR. DR. H.C. MONIKA SCHNITZER
Ludwig-Maximilians-Universität München

PROF. DR. LEONIE SUNDMACHER
Technische Universität München

PROF. MASSIMO TAVONI, PHD
European Institute on Economics and the Environment (EIEE), Mailand, IT

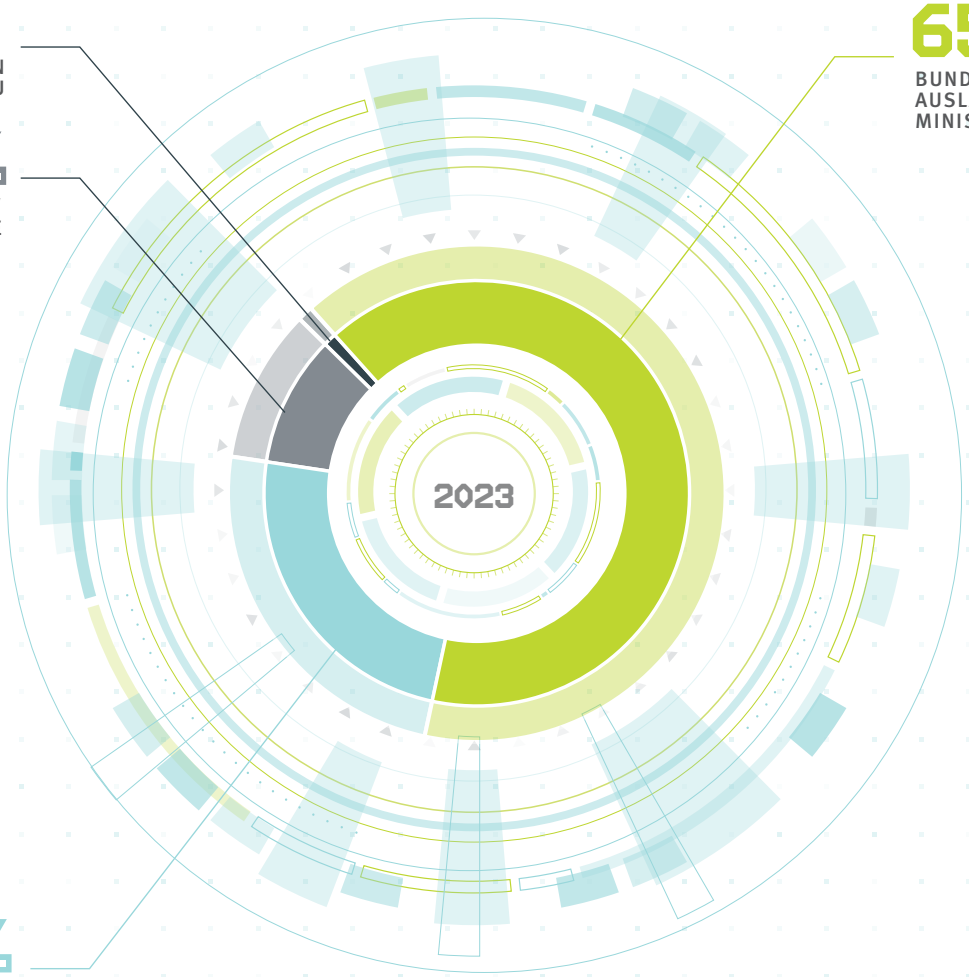
2023 IN ZAHLEN.

FORSCHUNGSOUTPUT UND POLITIKBERATUNG



DRITTMITTEL 2023.

NACH AUFTRAG-/ ZUWENDUNGSGEBER



1%
INSTITUTIONEN DER EU

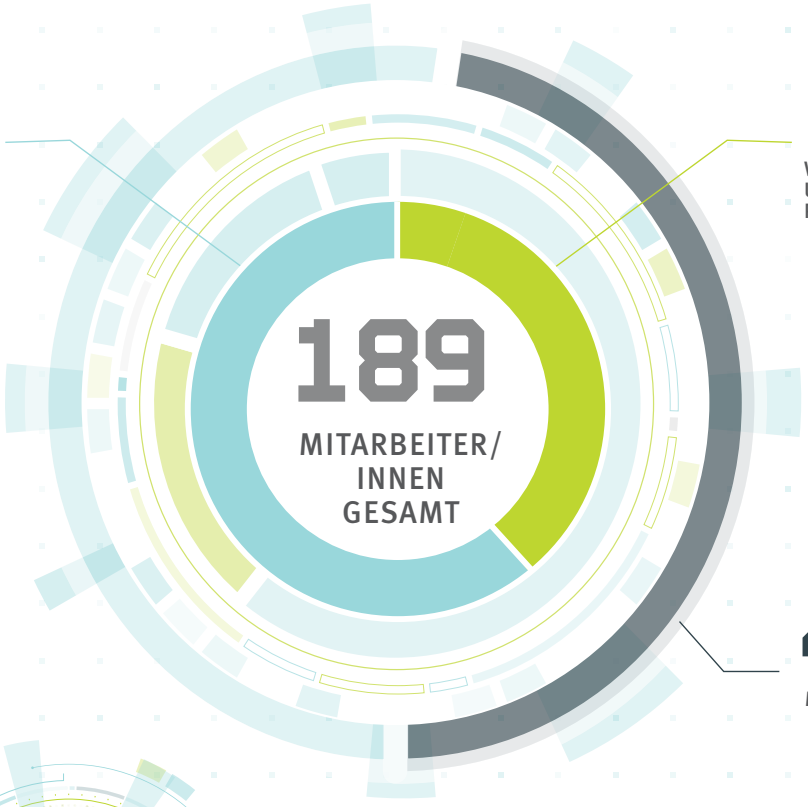
10%
UNTERNEHMEN/ VERBÄNDE

65%
BUND/LÄNDER/ AUSLÄNDISCHE MINISTERIEN

24%
STIFTUNGEN/DFG/ WISSENSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN

PERSONAL.

STAND: DEZEMBER 2023



115
WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER

29
WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER/INNEN SIND INTERNATIONALER HERKUNFT

35
WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER/INNEN SIND IN TEILZEIT BESCHÄFTIGT

74
WISSENSCHAFTS-UNTERSTÜTZENDES PERSONAL

48,2%
MITARBEITERINNEN

78
STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE

6*
PROMO-TIONEN

33*
PRAKTIKANTEN/-INNEN

5,8
JAHRE DURCHSCHNITTLICHE ZUGEHÖRIGKEITSDAUER DES WISS. PERSONALBESTANDS

34,8
JAHRE SIND WISSEN-SCHAFTLER/INNEN AM ZEW IM Ø ALT

*KUMULIERT FÜR 2023

FINANZEN.

STAND: APRIL 2024

AUSZUG AUS DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	2022	2023*
Institutionelle Förderung	12.624	12.872
Drittmittel (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Erträge aus Zuschüssen)	6.675	6.805
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	653	547
Sonstiges	225	292
SUMME ERTRÄGE	**20.177**	**20.516**
Personalaufwand	13.977	14.177
Bezogene Leistungen	1.175	1.299
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.754	5.068
Abschreibungen auf Anlagevermögen	642	539
Zuweisungen zu den Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	237	127
Sonstiges	24	24
SUMME AUFWENDUNGEN	**20.809**	**21.234**
JAHRESFEHLBETRAG	**-632**	**-718**
Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen	688	736
BILANZGEWINN	**56**	**18**

ZEW – BILANZ PER 31.12.2023*

AKTIVA	2022	2023*
Immaterielle Vermögens-gegenstände	303	225
Grundstücke und Bauten	7.496	7.295
Betriebs- und Geschäftsausstattung	491	355
Anlagevermögen	8.290	7.875
Vorräte	3.090	2.618
Forderungen/ sonstiges Vermögen	696	875
Guthaben bei Kreditinstituten	5.589	4.387
Umlaufvermögen	9.375	7.880
Rechnungs-abgrenzungsposten	550	542
GESAMTVERMÖGEN	**18.215**	**16.297**

PASSIVA	2022	2023*
Gezeichnetes Kapital	26	26
Zweckgebundene Rücklagen	2.692	2.012
Andere Gewinnrücklagen	2.169	2.169
Bilanzgewinn	56	18
Eigenkapital	4.943	4.225
Sonderposten	4.015	4.245
Rückstellungen	2.180	2.004
Erhaltene Anzahlungen	3.323	2.597
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.109	1.464
Sonstige Verbindlichkeiten	1.645	1.762
Fremdkapital	9.257	7.827
GESAMTKAPITAL	**18.215**	**16.297**

* VORLÄUFIG, WERTE IN TSD. EUR

EVALUIERUNG DURCH DIE LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT.

HERAUSRAGENDES ERGEBNIS FÜR DAS ZEW.

Die Evaluierung des ZEW durch die Leibniz-Gemeinschaft war prägend im Jahr 2023. Und das Ergebnis herausragend: Das Institut erhielt Bestnoten hinsichtlich Qualität von Forschung, Beratung und Transfer. Bei der Begehung im März 2023 vergaben die externen Gutachterinnen und Gutachter für die acht evaluierten Forschungseinheiten des ZEW fünfmal die Bestnote „exzellent“ und dreimal die Note „sehr gut bis exzellent“ und bescheinigten dem ZEW „hervorragende Leistungen“. Darüber hinaus lobte das Komitee die „beträchtliche Anzahl von Artikeln […] in hochrangigen Fachzeitschriften“ sowie die „einzigartigen Datensätze […], die zur externen Nutzung zur Verfügung gestellt werden.“ Damit wird das Institut auch in den nächsten sieben Jahren von Bund und Ländern gefördert. Dies hat der Senat der Leibniz-Gemeinschaft am 21.11.2023 nach Abschluss der turnusmäßigen Begutachtung empfohlen. **Grund zur Freude!**

AUSZÜGE AUS DER STELLUNGNAHME.

„Die Aktivitäten des Instituts sind von **hoher Relevanz für politische Entscheidungsträger.**“

„Das ZEW liefert regelmäßig und kontinuierlich **wichtige Forschungsergebnisse**, die in der wissenschaftlichen Gemeinschaft national und **international große Beachtung finden.**“

„Die **Transferstrategie** des ZEW verknüpft die Forschungsaktivitäten kohärent mit der Politikberatung und dem Wissenstransfer und wird durch die **wissenschaftsunterstützenden Bereiche sehr effektiv unterstützt.**“

Zur vollständigen Stellungnahme der Leibniz-Senatskommission vom 21.11.2023

ÜBER DAS EVALUIERUNGSVERFAHREN.

Sämtliche Einrichtungen, die sich in der Leibniz-Gemeinschaft zusammengeschlossen haben, werden von Bund und Ländern wegen eines gesamtstaatlichen wissenschaftspolitischen Interesses gemeinsam gefördert. Turnusmäßig, spätestens alle sieben Jahre, überprüfen Bund und Länder, ob die Voraussetzungen für die gemeinsame Förderung einer Leibniz-Einrichtung noch erfüllt sind.

„Die Bewertungen verdeutlichen auch die hervorragende Forschungsinfrastruktur und den herausragenden Teamgeist, die hier am ZEW in den letzten Jahrzehnten entstanden sind."

THOMAS KOHL
KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
BIS 29.02.2024

„Wir freuen uns sehr über das Top-Ergebnis und fühlen uns in unserer Institutsstrategie bestärkt. Unser Dank geht an die Evaluatorinnen und Evaluatoren, deren Anregungen wir gerne aufnehmen."

PROF. ACHIM WAMBACH, PHD
ZEW-PRÄSIDENT

ÜBER DIE LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT.

Die Leibniz-Gemeinschaft ist eine der vier großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen Deutschlands und verbindet knapp 100 eigenständige Forschungsinstitute. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen rund 20.500 Personen, darunter 11.500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das Finanzvolumen liegt bei zwei Milliarden Euro. (Stand 2023)

Leibniz Gemeinschaft

ZEW FÖRDERKREIS
Wissenschaft und Praxis

IM DIALOG SEIT 1993

DER ZEW – FÖRDERKREIS WISSENSCHAFT UND PRAXIS E.V. FEIERT 30. GEBURTSTAG

30 Jahre ZEW-Förderkreis – eine wahre Erfolgsgeschichte.
Aus einem überschaubaren Club mit 14 Mitgliedern im Jahr 1993 hat sich ein überregionales Netzwerk von fast 150 Unterstützern entwickelt. Im Verein engagieren sich internationale Konzerne sowie mittlere und kleine Unternehmen, Start-ups und namhafte Persönlichkeiten. Sie alle haben es sich zum Ziel gesetzt, die Spitzenforschung am ZEW Mannheim zu stärken. Der Förderkreis bietet seinen Mitgliedern seit Jahrzehnten einen Raum für vertrauensvollen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Unternehmerinnen und Unternehmer diskutieren hier mit Ökonominnen und Ökonomen Fragen, die beide Seiten gleichermaßen bewegen. Dieser Austausch gibt den Mitgliedern wissenschaftlich fundierte Antworten und Orientierung in herausfordernden Zeiten. Den Forschenden bietet er einen wertvollen Praxisbezug.

Anlass zum Feiern also.
Und so kamen am 4. Dezember 2023 zahlreiche ehemalige und aktive Vorstände des Vereins mit den Mitgliedern am ZEW zusammen, um das Jubiläum gemeinsam zu begehen.

30 JAHRE
ZEW-FÖRDERKREIS IN ZAHLEN

VON 14 AUF
145
MITGLIEDER

UNTERSTÜTZUNG VON **100** VERANSTALTUNGEN
mit hochrangigen Referierenden

FÖRDERUNG VON
74
ZEW-Forschungsprojekten

17-MAL
Heinz-König-Award an internationale Nachwuchswissenschaftler/-innen verliehen

JÄHRLICH
2 PREISE
für herausragende wissenschaftliche Leistungen bzw. politische Beratungsprojekte am ZEW

1993 2023

„Dank des Engagements zahlreicher Persönlichkeiten hat sich der Verein in 30 Jahren zu einem pulsierenden Netzwerk entwickelt. Hier tauschen sich Wissenschaft und Praxis auf Augenhöhe aus und ziehen beiderseitig Nutzen aus dem steten Dialog.“

DR. RALPH RHEINBOLDT

VORSTANDSVORSITZENDER DES ZEW-FÖRDERKREISES, VORSTAND FUCHS SE

„Für die BW-Bank ist es eine Selbstverständlichkeit und zugleich ein Gewinn, die Spitzenforschung am ZEW zu fördern. Unser Engagement zahlt sich in vielfacher Hinsicht aus, denn wir profitieren von dem kontinuierlichen Dialog mit der Wissenschaft. Daraus resultieren wertvollen Impulse für uns.“

ANN-KRISTIN STETEFELD

STELLVERTRETENDE VORSTANDSVORSITZENDE UND SCHATZMEISTERIN DES ZEW-FÖRDERKREISES, VORSTÄNDIN BW-BANK

„Als CFO und Volkswirtin schätze ich im ZEW-Förderkreis insbesondere den relevanten, offenen Austausch mit hochrangigen Referierenden aus Politik und Wirtschaft.“

KARIN DOHM

VORSTANDSMITGLIED DES ZEW-FÖRDERKREISES, CFO HORNBACH BAUMARKT AG

MITGLIED WERDEN LOHNT SICH.

Kontaktieren Sie gerne die
Geschäftsstelle des ZEW-Förderkreises

Katharina Kober
Telefon: 0621 1235-302
foerderkreis@zew.de

Zum Mitgliedsantrag

Weitere Informationen

INTERVIEW

Über 30 Jahre prägte Thomas Kohl das ZEW mit Kompetenz, Engagement – und Erfolg, davon 24 Jahre als kaufmännischer Geschäftsführer. Sein Ruhestand stellt eine Zäsur dar. Im März 2024 hat Claudia von Schuttenbach dieses Amt übernommen. Eine Transformation in eigener Sache.

THOMAS KOHL

KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
[bis 29.02.2024]

TRANSFORMATION AM ZEW …

… IN DER KAUFMÄNNISCHEN GESCHÄFTSFÜHRUNG

FRAGEN AN THOMAS KOHL UND CLAUDIA VON SCHUTTENBACH

ÜBER 30 ERFOLGREICHE JAHRE AM ZEW…

Thomas, in welche Abschnitte gliederst Du die ersten 30 Jahre des ZEW?

Thomas Kohl: Da war zunächst die Gründungsphase und der Aufbau des Instituts durch unsere Gründungsdirektoren Heinz König und Ernst O. Schulze. Mit einem mikroökonometrischen und auf empirische Evidenz basierten Ansatz als Alleinstellungsmerkmal trat das ZEW in den Markt der Wirtschaftsforschungsinstitute ein. Als noch unbekannter Player galt es zunächst, qualifizierte Fach- und Führungskräfte sowohl in der Wissenschaft als auch in den wissenschaftsunterstützenden Bereichen zu gewinnen sowie eine geeignete Infrastruktur aufzubauen. Dem ZEW gelang es dann mehr und mehr, sich im Wettbewerb um Drittmittel zu behaupten und die Marke „ZEW“ zu etablieren. In dieser Phase der Stabilisierung wurde auch ein eigenes Gebäude in L7,1 errichtet und bezogen.

Während der langjährigen Präsidentschaft von Wolfgang Franz wuchs das ZEW nicht nur quantitativ, sondern es wurden auch weitere innovative Forschungsfelder erschlossen. Dass Franz Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage war, hat uns viele Türen in Berlin und Stuttgart geöffnet. Zudem richtete sich die Forschungsagenda des ZEW stärker auf den gesamteuropäischen Kontext aus. Nicht zuletzt aufgrund des Forschungsprogramms SEEK intensivierte sich der wissenschaftliche Austausch mit internationalen Forschungseinrichtungen.

In der nächsten Phase unter der Leitung von Clemens Fuest und dann unter Achim Wambach wurden die Forschungsleistungen des Instituts weiter gestärkt. Dazu hat insbesondere die unter Achim Wambach erfolgreiche strategische Erweiterung um das Forschungsfeld Marktdesign beigetragen, die dem ZEW erneut ein Alleinstellungsmerkmal verschafft hat und die Veränderungsbereitschaft des Instituts unter Beweis stellte.

Eine Sache hat sich aber über die Jahre am ZEW nicht verändert: Wir sind anfänglich mal als die „Barrakudas“ der Wissenschaftsgemeinschaft bezeichnet worden. Also als agiler, gefährlicher Raubfisch. Das klingt vielleicht martialisch. Aber ich würde sagen: Trotz eines Alters von über 30 Jahren sind wir am ZEW immer noch innovativ, jung und dynamisch unterwegs.

NACHBERICHT

Thomas Kohl wurde im Februar 2024 in einem Festakt mit rund 300 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Den Nachbericht mit Bildern finden Sie unter **www.zew.de/AM8984**

Was sind die wichtigsten Errungenschaften oder Meilensteine Deiner Amtszeit? Worauf bist Du besonders stolz?

TK: Ein besonderer Meilenstein war natürlich die erfolgreiche Evaluation des ZEW durch den Wissenschaftsrat und die daran anschließende Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft im Jahr 2004 verbunden mit der Bund-Länder-Finanzierung. Die letzte besonders erfolgreiche Evaluation des ZEW durch die Leibniz-Gemeinschaft fand 2023 statt.

Als einer von vier Gründungsdirektoren fallen mir dann die beiden Leibniz-WissenschaftsCampi „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI) und „MannheimTaxation“ von ZEW und Universität Mannheim ein. Beide schaffen seit mehr als zehn Jahren Raum für intensiven Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft und haben wirklich Maßstäbe gesetzt! Und auch das internationale Forschungsprogramm „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ (SEEK) hat das ZEW in der Europaforschung weiter voran gebracht. Dadurch hat das Institut eine kontinuierliche Präsenz in Brüssel erhalten und sich mit anderen Forschungsinstituten international vernetzt. Diese Vernetzung wurde auch durch Partnerschaften mit Universitäten und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen u. a. in Europa, den USA und China ausgebaut.

Eine weitere Errungenschaft ist der ZEW-Förderkreis, der letztes Jahr sein 30-jähriges Bestehen feierte. Der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis ist ein echter Gewinn für alle Beteiligten. Besonders stolz bin ich auf die Zusammensetzung: Von DAX-Unternehmen über familiengeführte Firmen bis hin zu einzelnen Persönlichkeiten aus der Region ist hier alles vertreten.

Nach so langer Zeit am ZEW: Welche waren die größten Herausforderungen für das Institut?

TK: Eine stetige Herausforderung ist die Gratwanderung zwischen exzellenter Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung. Die Berichtspflichten und die Bürokratisierung von Prozessen haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die Anforderungen an wissenschaftliche Institute sind gestiegen, Ausschreibungsverfahren institutioneller Zuwendungsgeber national wie auch auf europäischer Ebene wurden immer komplexer. Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte wird immer schärfer. Daher versuchen wir, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vielfältige Möglichkeiten zu geben, ihre Karriere zu gestalten. Das ZEW ist mehrfach mit dem Total-E-Quality-Prädikat ausgezeichnet als Arbeitgeber, der sich besonders um die berufliche Chancengleichheit verdient macht. Wir legen höchsten Wert darauf, dass alle Mitarbeitenden am ZEW nicht nur ausgezeichnete Karrierechancen haben, sondern auch die berufliche Zukunft sehr gut in Einklang mit der Familie bringen können.

Eine Herausforderung der neuen Art war die Corona-Pandemie. Sie erforderte ein schnelles und konsequentes Handeln, um die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten und gleichzeitig den Betrieb systematisch aufrechtzuerhalten. Es wurden Hygienekonzepte erarbeitet, Workflows umgestellt und neue Kommunikationskanäle erschlossen. Innerhalb kürzester Zeit haben wir nicht nur unsere alltäglichen Arbeiten, sondern auch Konferenzen und Veranstaltungen auf digital umgestellt. Seither haben sich die Arbeitsbedingungen nachhaltig verändert. Mobile Work ist zum Merkmal eines attraktiven Arbeitgebers geworden. Gleichzeitig gilt es, Teamarbeit, Innovationsfähigkeit, IT-Sicherheit und das Onboarding neuer Mitarbeitenden sicherzustellen.

TRANSFORMATION AM ZEW …

… IN DER KAUFMÄNNISCHEN GESCHÄFTSFÜHRUNG

FRAGEN AN THOMAS KOHL UND CLAUDIA VON SCHUTTENBACH

… SETZEN SICH FORT MIT NEUER KAUFMÄNNISCHER LEITUNG

Claudia, im Hinblick auf die bisherige Strategie des Instituts: Was ist Dir in Zukunft besonders wichtig für das ZEW?

Claudia von Schuttenbach: Mir ist für das ZEW wichtig, dass wir uns auch weiterhin einen guten Blick dafür bewahren, die Dinge, die gut laufen, fortzuführen und zeitgleich offen für wertvolle neue Entwicklungen zu bleiben. Dies gilt für die Forschung und den Service gleichermaßen und ist bisher gut gelungen. Für mich hat der ständige Austausch mit unseren unterschiedlichen Stakeholdern einen hohen Stellenwert, da er alle Seiten profitieren lässt.

Den bereits eingeschlagenen Kurs in Sachen Internationalisierung und Digitalisierung halte ich für richtig und wichtig. Hierbei ist es mir ein Anliegen, Internationalisierung zwar hauptsächlich, aber nicht nur in Zusammenhang mit unseren Forschungseinheiten zu denken, sondern auch die Serviceeinheiten in den Blick zu nehmen. Während es für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Rahmen ihrer Karriereplanung normal ist, Zeit im Ausland zu verbringen, ist es für Menschen in den Serviceeinheiten eher die Ausnahme. Hier sind beispielsweise Kooperationen für Gastaufenthalte bei EU-Institutionen denkbar.

Die Digitalisierung nehme ich am ZEW bereits als wichtiges und fortgeschrittenes Thema wahr, das jedoch weiter ausgebaut und im Fokus bleiben muss. Nicht nur ist es wichtig für unsere Wettbewerbsfähigkeit, sondern hat auch viel mit Arbeitserleichterung zu tun und kann zu einer Entbürokratisierung beitragen. Ich bin der Überzeugung, dass uns die Digitalisierungsthemen dauerhaft beschäftigen werden und uns dazu antreiben, mit der Zeit zu gehen. Denn kaum ist ein Digitalisierungsprojekt abgeschlossen, folgt schon das nächste.

Welche Unterschiede zwischen Hochschulen und ZEW fallen Dir jetzt schon besonders auf?

CvS: Trotz der vielen inhaltlichen Parallelen ist ein direkter Vergleich schwer möglich, was sich

INTERVIEW

CLAUDIA VON SCHUTTENBACH

KAUFMÄNNISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN
[seit 01.03.2024]

primär mit den unterschiedlichen Rechtsformen und den daraus resultierenden Konsequenzen erklären lässt. Zwar sind beide Einrichtungen in Wissenschaft und Forschung tätig, aber die Gestaltungsspielräume sind unterschiedlich.

Ich profitiere täglich von den Kenntnissen und Erfahrungen aus meiner Hochschulzeit und freue mich zeitgleich darüber, dass Entscheidungen und die Umsetzung neuer Ideen am ZEW schnell und effizient möglich sind. Ergebnisse sind zeitnah sichtbar, und das motiviert. Das ZEW ist zudem sehr agil, und unternehmerische Gestaltungsspielräume lassen sich aktiv nutzen. Wenn eine Maßnahme nicht greift, überlegen wir uns eine neue und setzen sie um. Natürlich sprechen wir uns intern gut ab, können dies aber schneller und mit weniger Akteuren und Abstimmungsschleifen tun, als es sich eine Hochschule erlauben dürfte.

Welche Rolle spielt die Investition in neue Technologien (Stichwort Digitalisierung, New Work) für das ZEW?

CvS: Das ZEW leistet in der europäischen Forschungslandschaft sowohl auf dem Gebiet der Forschung als auch der evidenzbasierten wirtschaftspolitischen Beratung Arbeit auf einem sehr hohen Niveau. Wir zeigen regelmäßig, dass wir gute Ideen haben und diese auch nachhaltig umsetzen können, z. B. mit dem Wissenschaftscampus MannheimTaxation oder auch neuen Forschungseinheiten wie Marktdesign. Digitalisierung und New Work sind dabei unverzichtbare Leitplanken, die unsere Ideen und unsere Art zu arbeiten unterstützen und erleichtern. Es geht hier einerseits darum, national und international kompetitiv zu bleiben und mit der Zeit zu gehen, und zeitgleich darum, unseren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bestmögliche Arbeitsbedingungen zu bieten. Den Austausch mit den Unternehmen unseres Förderkreises halte ich in diesem Zusammenhang für sehr wichtig und bereichernd.

Fachkräftemangel verbindet man nicht sofort mit Forschungsinstituten. Wie blickt das ZEW auf das Thema für das eigene Haus?

CvS: Meiner Erfahrung nach reicht es heutzutage nicht immer aus, ein gutes Renommee zu haben und hochkarätig zu forschen. Unser guter Ruf und unsere sehr erfolgreich bestandene Evaluierung sind unter anderem dafür verantwortlich, dass kluge Köpfe auf uns aufmerksam werden und ein Interesse daran entwickeln, zu uns zu kommen. Diese klugen Köpfe am Ende des Tages zu gewinnen, könnte in der Zukunft jedoch eines Engagements bedürfen, das über die Grenzen der reinen thematischen Schwerpunkte hinausgeht.

Deshalb müssen wir immer wieder an uns selbst arbeiten: Welche Flexibilität benötigen neue Kolleginnen und Kollegen? Kann die Arbeitsumgebung noch kollaborativer gestaltet werden? Können wir noch familienfreundlicher werden? Welche Ideen haben wir für ein erfolgreiches Onboarding internationaler Kolleginnen und Kollegen? Auf diese und viele andere Fragestellungen werden wir in Zukunft Antworten finden.

Am Ende geht es um das Gesamtpaket, das wir schnüren, und um die Offenheit, mit der wir in eine Diskussion über Wünsche und Machbarkeit treten.

SARAH TIEDEMANN
REFERENTIN FÜR LEKTORAT
UND REDAKTION IM BEREICH
„KOMMUNIKATION"

TRANSFORMATION AM ZEW ...

... IM SPRACHMANAGEMENT

WO DIE KI HILFT UND WO TÜCKEN LAUERN.

In meiner Rolle als Sprachreferentin ist mir ein effektives Language Management enorm wichtig. Denn: Nicht nur exzellente Forschung, sondern auch eine klare Sprache, die ihre Ergebnisse vermittelt, verhelfen uns als Institut zu einem professionellen Gesamtauftritt. Eindeutige Terminologie, feste Regeln und strenge Qualitätssicherung sind hier elementar. Und sorgen für die nötige Effizienz bei den rund 300 Texten, die jährlich zum Übersetzen und Lektorieren über meinen Schreibtisch gehen – darunter Pressemitteilungen, Webinhalte und Publikationen.

Angesichts der rasanten Entwicklung KI-basierter großer Sprachmodelle und maschineller Übersetzungssysteme liegt es natürlich nahe, dass auch wir zunehmend solche „Sprachassistenten“ in den Übersetzungsprozess einbinden. Vieles können Maschinen inzwischen besser als wir. Aber können sie auch Sprache? Klar ist: Deren Ergebnisse haben sich sprachlich stark verbessert, vor allem grammatikalisch. Doch gerade das macht es umso schwerer, inhaltliche oder terminologische Fehler direkt zu erkennen. Oftmals ist so die Nachbearbeitung maschinell generierter Texte ebenso anspruchsvoll wie das Übersetzen selbst. Hier sind Fachwissen und ein Verständnis für die Funktionsweise der KI-Systeme gefragt. Angesichts dieser Tücken ist es somit wichtig, dass wir solche Systeme mit Bedacht und Verstand einzusetzen. Nur so gelingt es, Effizienz zu steigern, ohne Präzision und Qualität zu opfern.

TRANSFORMATION AM ZEW ...

... IM ZEW-FINANZMARKTTEST

DIE KONJUNKTUR-ERWARTUNGEN IM WANDEL.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Lage: Der Weg aus der Rezession ist unklar, gleichzeitig steht Deutschland mit der Energiewende und der Digitalisierung vor gewaltigen Transformationsherausforderungen. Für kluge Maßnahmen braucht die Politik verlässliche Einschätzungen zur aktuellen und zukünftigen Wirtschaftslage. Zu diesem Zweck ermitteln wir in einer monatlichen Umfrage, dem Finanzmarkttest, wie Expertinnen und Experten die wirtschaftlichen Lage und Konjunkturaussichten in Deutschland und Europa beurteilen – und das bereits seit 1991. Über die Jahre hat sich der ZEW-Index als wichtiger Indikator für makroökonomische und geldpolitische Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene etabliert. Auch in unserem Team gab es so etwas wie eine Transformation: Während mit Dr. Michael Schröder letztes Jahr ein erfahrenes Mitglied in den wohlverdienten Ruhestand ging, sind Dr. Lora Pavlova und Dr. Alexander Glas neu hinzugekommen. Doch nicht nur personell, sondern auch inhaltlich hat sich einiges geändert. Neben der Überarbeitung und Digitalisierung des Fragebogens wird der Datensatz mittlerweile über das ZEW-Forschungsdatenzentrum bereit gestellt. Zudem wurde eine Beschreibung des Datensatzes in der Fachzeitschrift *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* veröffentlicht. Unser Ziel für die Zukunft ist, sowohl die öffentliche Wahrnehmung als auch die wissenschaftliche Wirkung der Umfrage weiter zu steigern.

ZEW-KONJUNKTUR-ERWARTUNGEN

Seit 1991 monatliche Umfrage von ca. 300 Finanzmarktexperten/-innen; der darauf basierende Indikator, die ZEW-Konjunkturerwartungen, erzeugt regelmäßig hohe mediale Aufmerksamkeit.

DR. LORA PAULOVA
WISSENSCHAFTLERIN IM BEREICH
„ALTERSVORSORGE UND
NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE“
DR. ALEXANDER GLAS
WISSENSCHAFTLER IM BEREICH
„ALTERSVORSORGE UND
NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE“

MIRIAM CHARLES
PERSONALREFERENTIN
KATARZYNA STRZELCZYK
PERSONALREFERENTIN

TRANSFORMATION AM ZEW ...

... IM HR-BEREICH

INNOVATIVES PERSONALMANAGEMENT.

Der Arbeitsmarkt verändert sich drastisch: Auch in der Wissenschaft verschärft der Fachkräftemangel den Wettbewerb um die besten Köpfe. Zusätzlich drängt die Generation Z auf den Jobmarkt. Work-Life-Balance, Wertschätzung sowie agile und flexible Arbeitsmethoden sind für sie selbstverständliche Grundvoraussetzungen.

Am ZEW untersuchen wir diese Veränderungen nicht nur aus wissenschaftlicher Perspektive. Auch wir im HR-Bereich entwickeln angesichts dieser Transformationsbewegungen unsere Recruiting-Prozesse kontinuierlich weiter: Durch Active Sourcing und gezieltes Personalmarketing machen wir Talente auf uns aufmerksam. Gleichzeitig setzen wir innovative Interviewmethoden ein, um sicherzustellen, dass Bewerberinnen und Bewerber zu unserem Team passen.

Auf die sich ändernden Ansprüche reagieren wir mit Angeboten zur langfristigen Bindung neuer Mitarbeitenden und einer offenen Feedback-Kultur. Bereits im Onboarding-Prozess beziehen wir individuelle Bedürfnisse mit ein – z. B., indem wir internationale Mitarbeitende bei Behördengängen unterstützen. Flexible Arbeitszeiten, individuell abgestimmte Arbeitszeitmodelle und mobiles Arbeiten sind nur einige unserer Angebote, um Familie und Karriere zu vereinen. In maßgeschneiderten Inhouse-Trainings können sich die Beschäftigten beruflich weiterbilden. Und über unser lebendiges Alumni-Netzwerk bleiben Ehemalige weiterhin mit uns in Kontakt – wovon wiederum aktive ZEWlerinnen und ZEWler profitieren.

TRANSFORMATION AM ZEW ...

... IN DER FORSCHUNG

CHATGPT ALS FORSCHUNGSASSISTENT.

Der Einsatz von KI-gesteuerten großen Sprachmodellen in der Wissenschaft ist umstritten: Diese produzierten oft scheinbar plausible, populäre und erwartete Ergebnisse. Wissenschaftlicher Fortschritt beruhe jedoch darauf, den Status quo zu hinterfragen, anstatt ihn gefällig zu reproduzieren, so die Argumentation. Das ist zwar richtig, doch bei unserer Forschung geht es gar nicht darum, dass Sprachmodelle uns als Wissenschaftler ersetzen sollen. Wichtig ist, dass sie uns unterstützen. Und genau mit diesem Ziel setzen wir ChatGPT als zuverlässigen (und kostengünstigen) Forschungsassistenten ein. Der KI-Chatbot hilft uns bei der Analyse von tausenden wissenschaftlichen Studien, die die Effektivität der EU-Kohäsionspolitik bewerten, indem er deren Ergebnisse quantifiziert.

Dank unserer Analyse können die EU-Institutionen in Brüssel und die Mitgliedstaaten Evaluierungen effizienter gestalten. Wir tragen dazu dabei, zu einer angemessenen und unvoreingenommenen Bewertung der vielfältigen europäischen Investitionsbemühungen zu kommen. Ganz allgemein unterstützen wir mit unseren Erkenntnissen Regierungen, die evidenzbasierte Maßnahmen umsetzen möchten.

PROJEKT

„Neuausrichtung der Europäischen Strukturpolitik in der nächsten Förderperiode 2028-2035“

www.zew.de/PJ3562

DR. ZAREH ASATRYAN
STELLVERTRETENDER LEITER DES
FORSCHUNGSBEREICHS
„UNTERNEHMENSBESTEUERUNG UND
ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT“

DOSSIER

TRANS FORMATION

GASTBEITRAG IM HANDELSBLATT VOM 27.09.2023
VON PROF. ACHIM WAMBACH, PHD

DEUTSCHLAND MUSS SEINE PRODUKTIVITÄT STEIGERN

Unsere Wirtschaft ist robuster, als oft behauptet wird. Um das Potenzial langfristig zu stärken, muss Berlin aber Innovation und Forschung mehr fördern, mahnt Achim Wambach.

Die schlechten Nachrichten über Deutschlands Wirtschaft häufen sich: Konjunktureinbruch, holprige Transformationsbemühungen, erhöhte Energiepreise und stockende Globalisierung. Doch die eigentliche Aufgabe geht über die kurzfristigen Entwicklungen hinaus.

Der „Economist" fragt bereits an, ob Deutschland erneut der kranke Mann Europas sei. Nonsense. Das Fundament der deutschen Wirtschaft ist robust: Die Arbeitslosigkeit ist gering, eine Mehrheit der von EY befragten Investoren zählt Deutschland zu den drei Topstandorten in Europa, 2022 war es noch die Minderheit. Führungskräfte internationaler Unternehmen bewerten in großen Teilen das Qualifikationsniveau der deutschen Arbeitskräfte als attraktiv.

Die schlechten Nachrichten sind dennoch ernst zu nehmen. Deutschlands Konjunktur fällt im europäischen Vergleich zurück. Nach einer Umfrage des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft denkt jeder fünfte Mittelständler über eine Geschäftsverlagerung aus Deutschland heraus nach, mehr als jeder vierte erwägt, sein Geschäft aufzugeben. Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland sind auf dem niedrigsten Stand seit 2014.

Die Politik wird aktiv. Die Bundesregierung hat einen Zehn-Punkte-Plan aufgesetzt, um Wirtschaft und Wachstum zu stärken. Die Stoßrichtung stimmt. Der Plan setzt weniger bei den kurzfristigen Konjunkturmaßnahmen an, sondern sieht es als „entscheidend für den Standort Deutschland (...), Wettbewerbsfähigkeit und Produktivitätssteigerungen" zu erhöhen. In Anlehnung an den berühmten Wahlslogan von Bill Clinton „It's the economy, stupid", der eher auf die Tageszahlen schaut, gilt: „It's the productivity, stupid."

DIE INNOVATIONSKRAFT IN DEUTSCHLAND IST SEHR HOCH.

Warum, zeigt eine einfache Rechnung: Zwei Länder, die auf demselben Niveau beginnen, und von dem eines ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent hat, das andere von drei Prozent liegen nach 15 Jahren bei der Wirtschaftsleistung um 30 Prozent auseinander, nach 30 Jahren um 80 Prozent.

Produktivitätswachstum entsteht aus Innovationen. Die Voraussetzungen dafür sind in Deutschland sehr gut. Gerade erst hat eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft und weiterer Institute verschiedene Regionen nach ihrer Innovationskraft bewertet: Nach Massachusetts und Kalifornien liegt Baden-Württemberg auf Platz drei, Bayern folgt an siebter und Hessen an neunter Stelle.

Laut Innovationsindikator 2023, an dessen Erstellung das ZEW beteiligt ist, liegt Deutschland im Ländervergleich unter 35 Industrienationen und aufstrebenden Schwellenländern insgesamt auf Platz zehn, bei „Neuen Produktivitätstechnologien“ und „Kreislaufwirtschaft“ auf Platz eins beziehungsweise zwei.

Der Zehn-Punkte-Plan der Regierung greift eine Reihe von sinnvollen Maßnahmen auf. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, Bürokratie abbauen und Digitalisierung voranbringen, stehen aber schon seit Langem auf der Agenda in Berlin. Eine höhere Priorisierung bei der Umsetzung wäre zu wünschen. Andere Maßnahmen greifen zu kurz: Das Wachstumschancengesetz sieht steuerliche Erleichterungen für Unternehmen vor. Die sind nötig. Deutschland zählt mittlerweile bei Unternehmensteuern als Hochsteuerland.

BERLIN SOLLTE DIE UNTERNEHMENSTEUERN SENKEN.

Doch warum nicht konsequent sein und Steuern senken? Gerade international tätige Unternehmen rechnen sehr genau, in welchen Ländern sie investieren. Temporäre Verbesserungen verändern dieses Kalkül nicht.

Die Kritik der Kurzfristigkeit gilt auch für die Diskussion um den Brückenstrompreis. Aktuell wird überlegt, energieintensiven Unternehmen befristet reduzierte Strompreise zu ermöglichen. Es ist unwahrscheinlich, dass neue Investitionen getätigt werden, wenn nur ein paar Jahre der Strom vergünstigt wird. Eine andauernde Strompreissubvention, die sich einige vielleicht von dieser Maßnahme erhoffen, führt aber dazu, dass ansonsten nicht lebensfähige Unternehmen erhalten bleiben. Mehr Schaden kann man der Produktivität nicht zufügen – die Menschen wären an anderer Stelle wesentlich besser und produktiver eingesetzt. Die Diskussion um „Zombie-Unternehmen“ lässt grüßen.

Die Dekarbonisierung der Industrie soll durch sogenannte Klimaschutzverträge ermöglicht werden. Gefördert wird dabei die (grüne) Produktion. Damit diese Industrien auch langfristig wettbewerbsfähig bleiben, wäre es allerdings zielführender, die Förderung stärker auf Forschung und Entwicklung auszurichten. Das ermöglicht dann auch zukünftiges Produktivitätswachstum.

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist entscheidend, ob es gelingt, in der Breite der Wirtschaft Produktivitätswachstum auf Dauer zu ermöglichen. Eine gute Standortpolitik und eine konsequente Ausrichtung der Förderung auf Forschung und Innovation sind dafür wesentlich.

TRANSFORMATION
MENSCH

KI-VERORDNUNG DER EU

AI ACT SOLLTE MENSCHLICHE FEHLER BERÜCKSICHTIGEN

ZEW POLICY BRIEF VON JOHANNES WALTER

Der AI Act der EU ist weltweit das erste Gesetz einer Regulierungsbehörde für künstliche Intelligenz. Es soll sichere KI-Systeme gewährleisten, z. B. beim Scannen von Lebensläufen oder bei medizinischen Entscheidungsfindungen. Der AI Act stützt sich auf menschliche Überwachung der KI, die jedoch nicht immer zuverlässig ist. Im Vorfeld der Einigung zur KI-Verordnung am 8. Dezember 2023 haben ZEW-Wissenschaftler in einem ZEW policy brief die Vor- und Nachteile der menschlichen Aufsicht betrachtet und Lösungsansätze vorgeschlagen.

Es gibt zunehmend mehr empirische Hinweise darauf, dass eine Aufsicht durch Menschen nicht immer zuverlässig ist. In vielen Fällen kann der Mensch die Qualität von algorithmischen Empfehlungen nicht genau einschätzen und daher schädliches Verhalten nicht verhindern. Der Gesetzestext zum AI Act sollte deshalb die Mängel menschlicher Entscheidungen anerkennen. Empirische Tests für die Machbarkeit und Effektivität menschlicher Aufsicht auf KI sollte im AI Act niedergeschrieben werden. Mit den Tests sollte klar werden, ob Menschen in der Lage sind, die Qualität algorithmischer Empfehlungen genau zu beurteilen, um sie gegebenenfalls zu korrigieren. In ihrer einfachsten Form würden solche Tests die tatsächlichen Ergebnisse unter menschlicher Aufsicht mit den hypothetischen Ergebnissen vergleichen, die ohne Eingriffe durch Menschen erzielt worden wären.
Sofern diese Tests machbar und zielführend sind, sollten sie den beaufsichtigenden Menschen dabei helfen, Algorithmus-Entscheidungen zu bewerten und, falls notwendig, zu korrigieren. Sollten die Tests dagegen ergeben, dass menschliche Aufsicht KI nicht sicherer oder gar gefährlicher macht, sollte folgerichtig auch auf die menschliche Aufsicht verzichtet werden. In diesem Fall sollte der AI Act einen Mechanismus beinhalten, der die menschliche Aufsicht einschränkt und verhindert.

ZUM ZEW POLICY BRIEF

„Human Oversight Done Right: The AI Act Should Use Humans to Monitor AI Only When Effective"

www.zew.de/PU83961

ARBEITSMIGRATION

VORAUSSCHAUENDE EINWANDERUNGSPOLITIK NÖTIG

ZEW POLICY BRIEF VON DR. PAUL BERBÉE UND PROF. JAN STUHLER, PHD

Knapp 70 Jahre nach der ersten Gastarbeiteranwerbung ist Deutschland das weltweit zweitwichtigste Einwanderungsland. Trotzdem tun sich Politik und Gesellschaft bis heute mit dieser Rolle schwer. Dabei ist eine vorausschauende Integrations- und Einwanderungspolitik wichtiger denn je.

Seit mehr als 50 Jahren sind Migrantinnen und Migranten nicht mehr aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in Deutschland wegzudenken. Die meisten Zugewanderten sind auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich und leisten unverzichtbare Beiträge. Dennoch ist die Integration in den Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozess, der seit den 1970er-Jahren tendenziell noch schwieriger geworden ist. Gerade die im Jahr 2022 geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer haben aufgrund ihrer guten Bildung deutlich bessere Arbeitsmarktperspektiven als frühere Flüchtlingsgruppen, die etwa während der Jugoslawienkriege oder um das Jahr 2015 nach Deutschland kamen. Um dieses Potenzial auch wirklich zu nutzen, sind jedoch Rahmenbedingungen wie Kinderbetreuungsangebote und flexible Arbeitsplätze besonders wichtig, da es sich zu einem großen Teil um Frauen mit Kindern handelt.
Aber auch andere Migrantengruppen sind nach vielen Jahren immer noch besonders stark von wirtschaftlichen Umbrüchen und Arbeitslosigkeit betroffen. Im Durchschnitt finden sie seltener Arbeit und verdienen weniger; auch ihre Kinder können das nicht vollständig aufholen. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Migrantengruppen. Während EU-Bürgerinnen und -Bürger häufig Arbeit finden und zum Teil besser verdienen als Einheimische, tun sich diejenigen aus außereuropäischen Ländern mit hohem Flüchtlingsanteil besonders schwer. Selbst Kinder von Zugewanderten, die das deutsche Bildungssystem durchlaufen haben, sind weiterhin benachteiligt. Umso wichtiger ist eine vorausschauende und langfristig angelegte Einwanderungs- und Sozialpolitik, die den jeweiligen Herausforderungen verschiedener Migrantengruppen Rechnung trägt.

ZUM ZEW POLICY BRIEF

„Die Arbeitsmarktintegration von Migranten in Deutschland: Erfahrungen aus über 50 Jahren als Einwanderungsland“

www.zew.de/PU84136

MOBILES ARBEITEN IM NEW NORMAL

MEHR HOMEOFFICE NACH CORONA

ZEW-STUDIE VON DR. DANIEL ERDSIEK UND VINCENT ROST

Homeoffice hat sich in der deutschen Wirtschaft fest etabliert. Bei 80 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft arbeiten die Beschäftigten mindestens einmal pro Woche von zu Hause aus. Selbst im eher ortsgebundenen verarbeitenden Gewerbe sind es 45 Prozent, wie eine repräsentative ZEW-Befragung von 1.500 Unternehmen zeigt.

Die Corona-Pandemie ebnete den Weg für weitreichende Homeoffice-Regelungen. Im Vergleich zu vor der Pandemie hat sich der Anteil der Beschäftigen, die zumindest teilweise von zu Hause aus arbeiten, ungefähr verdoppelt. In der Informationswirtschaft stieg der Anteil von 48 auf 83 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe von 24 auf 51 Prozent.

Allerdings ist nicht nur der Anteil der Unternehmen mit Homeoffice-Angeboten stark gestiegen, sondern auch der Anteil der Beschäftigten, die diese Angebote nutzen. So arbeiten derzeit in rund jedem zweiten Unternehmen in der Informationswirtschaft mehr als 20 Prozent der Beschäftigten mindestens einmal pro Woche im Homeoffice. Nur im Juni 2021 – kurz nach Ende des zweiten Corona-Lockdowns – war der Anteil der Unternehmen mit einer solch intensiven Nutzung von Homeoffice noch etwas höher (63 Prozent). Zum Vergleich: Vor der Pandemie waren es nur zwölf Prozent der Unternehmen.

An diesem Trend wird sich aller Voraussicht nach so schnell nichts ändern: Wie die aktuelle Verbreitung von Homeoffice im Juni 2023 zeigt, setzt sich der mit der Pandemie eingeleitete Trend zur hybriden Arbeit ungebrochen fort. Zudem rechnen die Unternehmen für die kommenden zwei Jahre eher mit einer Ausweitung der Homeoffice-Angebote als mit einem Rückgang des Anteils der Beschäftigten im Homeoffice.

So erwarten 35 Prozent der Unternehmen in der Informationswirtschaft, die bereits Homeoffice einsetzen, einen Anstieg der Homeoffice-Nutzung in den nächsten zwei Jahren. Die meisten dieser Unternehmen (25 Prozent) gehen davon aus, dass bis zu zehn Prozent der Beschäftigten zusätzlich von zu Hause aus arbeiten werden. Im verarbeitenden Gewerbe planen 43 Prozent der Unternehmen, die aktuell Homeoffice nutzen, ebenfalls mit einer Ausweitung der Homeoffice-Angebote.

ZUR STUDIE

ZEW-Branchenreport Informationswirtschaft (Q2/2023)
www.zew.de/PU84235

TRANSFORMATION MARKT

MEHRWERTSTEUER IN DER GASTRO

RÜCKKEHR ZU 19 PROZENT

ZEW-KURZEXPERTISE VON PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN,
DR. KATHARINA NICOLAY UND DR. DANIELA STEINBRENNER

Der Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie wurde während der Corona-Pandemie vorübergehend von 19 auf sieben Prozent gesenkt. Eine Analyse des ZEW zeigt, dass die Rückkehr zu 19 Prozent durch die Ampelkoalition ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht ist. Mit dem Jahreswechsel auf 2024 stieg die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wieder auf 19 Prozent.

Die Argumente des Gaststättengewerbes, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz beizubehalten, konnten nicht überzeugen. Mit dem Ende der Pandemie ist die krisenbedingte Rechtfertigung für die ermäßigte Besteuerung von Speisen in Restaurants weggefallen. Die Zeit nach der Pandemie zwingt viele Branchen zu einem Strukturwandel. Die Gastronomie argumentierte, dass die steuerliche Förderung notwendig sei, um Probleme wie den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Der Arbeitskräftemangel betrifft jedoch die gesamte deutsche Wirtschaft und alle Branchen. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum dieser im Gastgewerbe ein größeres Problem für die deutsche Wirtschaft darstellen soll als beispielsweise im Handwerk oder im Einzelhandel. Um dem Arbeitskräftemangel branchenübergreifend zu begegnen, müssten die Bildungspolitik verbessert, die Zuwanderungspolitik gezielter ausgerichtet und die Arbeitsanreize im Steuer- und Transfersystem angegangen werden. Insgesamt müsste die Gastronomie für Gäste und Beschäftigte attraktiver werden, um langfristig eine gute Perspektive zu haben. Ein Transformationsprozess ist erforderlich.
Da die Steuerermäßigung eher wohlhabende und kinderlose Haushalte begünstigt, ist auch das Argument, der ermäßigte Mehrwertsteuersatz würde ärmeren Haushalten eine bessere Teilhabe am gastronomischen Angebot ermöglichen, nicht stichhaltig. Lediglich bei der Schul- und Kindergartenverpflegung ist eine Steuerermäßigung zielgenauer, um ärmere Haushalte zu entlasten. Hier sollte die Politik nachsteuern.

ZUR ZEW-KURZEXPERTISE

„Die ermäßigte Mehrwertsteuer in der Gastronomie“

www.zew.de/PU84297

GRÜNE ANLEIHEN

BRAUCHT DIE EU EINEN WEITEREN GREEN BOND STANDARD?

ZEW POLICY BRIEF VON DR. FRANK BRÜCKBAUER, THIBAULT CÉZANNE, DR. KAROLIN KIRSCHENMANN UND DR. MICHAEL SCHRÖDER

Der neue Europäische Standard für grüne Anleihen (EU GBS) soll die Wirksamkeit, Transparenz, Vergleichbarkeit und Glaubwürdigkeit des Markts für grüne Anleihen in der EU verbessern. Gleichzeitig gibt es mehrere etablierte marktbasierte Lösungen. Emittenten grüner Anleihen können sich an den Grundsätzen der International Capital Market Association (ICMA) orientieren, eine Zertifizierung durch die Climate Bonds Initiative (CBI) beantragen oder eine Ratingagentur beauftragen, die Eigenschaften der grünen Anleihe in Form einer Second Party Opinion (SPO) zu bewerten. Ist der EU GBS somit überhaupt notwendig?

Vor diesem Hintergrund analysieren ZEW-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Daten zu den Emissionen grüner Anleihen in der EU zwischen 2014 und 2023. Sie stellen fest, dass bestehende Standards für grüne Anleihen, insbesondere die ICMA-Grundsätze, und Verifizierungsmechanismen wie SPOs von den Marktteilnehmenden weitgehend genutzt und akzeptiert werden. Gleichzeitig verleihen die bestehenden Standards und Verifizierungsmechanismen grünen Anleihen die nötige Glaubwürdigkeit, so dass Anlegerinnen und Anleger mit grünen Präferenzen bereit sind, auf einen gewissen finanziellen Ertrag zu verzichten.
Was bedeutet dies für den EU GBS? Vor allem ein ICMA-Label, das sich an der EU-Taxonomie orientiert und von einer SPO überprüft wird, ist mit dem EU GBS vergleichbar. Da das ICMA-Label gut akzeptiert ist, bezweifeln die Forschenden, dass die Einführung des EU GBS für die Marktteilnehmenden von großer Bedeutung sein wird. Aus politischer Sicht ist der EU GBS jedoch sinnvoll, um alle Finanzmarktvorschriften für die grüne Transformation auf die EU-Taxonomie zu stützen. Und der EU GBS kann regulatorische und politische Maßnahmen direkt miteinander verknüpfen, da sie von denselben Institutionen beschlossen werden.

ZUM ZEW POLICY BRIEF

„Does the European Union Need Another Green Bond Standard?“

www.zew.de/PU84311

UNTERNEHMEN IM KRISENMODUS

MITTELSTAND UNTER DRUCK

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS ERSTER HAND IN STUTTGART

Fachkräftemangel, Lieferkettengesetz aber auch Klimaneutralitätsziele setzen den Mittelstand in Deutschland unter Druck. Darüber diskutierte ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD mit der baden-württembergischen Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und betroffenen Unternehmen.

ZUM NACHBERICHT
www.zew.de/AM8702

Im Rahmen der ZEW-Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand" wurde am 27. Juni 2023 in der BW-Bank Stuttgart über die Transformation der deutschen Wirtschaft gesprochen. Im Standortranking der Stiftung Familienunternehmen ist Deutschland auf Platz 18 von 21 Ländern abgerutscht. Dr. Klaus Geißdörfer (CEO von EBM Papst) und Dr. Gitte Neubauer (Vice President Omics Sciences bei Cellzome) bestätigten, dass aus Unternehmenssicht die Attraktivität des Standorts Deutschland gesunken sei. Insbesondere die überbordende Bürokratie und innovationsfeindliche Datenschutzbestimmungen seien Faktoren, die notwendige Investitionen verhindern würden. Für den internationalen Wettbewerb sei es wichtig, die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und alles Nötige dafür zu tun, um eine Abwanderung wichtiger Schlüsselindustrien zu vermeiden.
Ministerin Hoffmeister-Kraut sprach von einer technischen Rezession. Im Kernbereich der Industrie erlebe Deutschland einen schleichenden Rückgang. Die Probleme würden gesehen und müssten jetzt angegangen werden. Aus ihrer Sicht sollten die Unternehmen bei der Bewältigung der Transformation von staatlicher Seite unterstützt werden, um weniger krisenanfällig zu werden. Trotz aller negativen Trends und Entwicklungen stellte Achim Wambach auch positive Dynamiken fest: Eine Deglobalisierung sei nicht in Sicht. Die Abhängigkeit von Russland oder China könne auf lange Sicht reduziert werden, ohne einen Wohlstandsverlust zu erleiden. Diversifizierung sei das Thema der Stunde. Er machte deutlich, dass Deutschland Potenzial für mehr Wirtschaftswachstum habe. Dieses Potenzial werde aber nicht vollends ausgeschöpft.

TRANSFORMATION ENERGIE

NEUE DIGITALE TECHNOLOGIEN

MEHR STROMBEDARF DURCH DIGITALISIERUNG

ZEW-STUDIE VON DR. JANNA AXENBECK

Die digitale Transformation wird in öffentlichen Debatten häufig als Heilmittel für Klimaschutz und Energieeffizienz angesehen. Neue digitale Technologien, wie intelligente Sensoren und Weiterentwicklungen in der Datenanalyse, bieten die Möglichkeit, Energie und Ressourcen effizienter zu nutzen und so Emissionen einzusparen. Jedoch ist der Zusammenhang nicht so eindeutig, wie er oft dargestellt wird.

Gerade das verarbeitende Gewerbe gilt als besonders großer Emittent von Treibhausgasen. Die Politik hofft, dass sich die Produktivität durch die Digitalisierung in diesem Sektor steigern lässt, während parallel dazu der Energieverbrauch und die Emissionen sinken. Allerdings scheinen, anders als bisher angenommen, digitale Technologien den Energieverbrauch von Unternehmen eher zu erhöhen als zu senken. Im Durchschnitt steigt in den Unternehmen mit zunehmendem Einsatz von IKT-Technologien der Energieverbrauch um 1,03 Prozent innerhalb eines Jahres an. Eine getrennte Analyse des Stromverbrauchs und des Verbrauchs nicht für die Stromerzeugung genutzter fossiler Brennstoffe zeigt, dass der Stromverbrauch mit 1,34 Prozent sogar noch stärker innerhalb eines Jahres zunimmt. Für den Verbrauch fossiler Brennstoffe hingegen kann kein signifikanter Effekt festgestellt werden. Die Ergebnisse legen also nahe, dass der Gesamtanstieg des Energieverbrauchs auf eine verstärkte Nutzung von Strom zurückzuführen ist – was einleuchtet, da digitale Technologien Strom verbrauchen.
Die ZEW-Analyse zeigt zudem, dass der Energieverbrauch von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in strukturschwachen Regionen im Durchschnitt stärker steigt als bei großen Unternehmen in wirtschaftlich starken Regionen. Dieses Ergebnis deutet auf einen politischen Zielkonflikt hin, und zwar zwischen der Senkung des Energieverbrauchs einerseits und der wirtschaftlichen Förderung von KMUs in strukturschwachen Gebieten andererseits. Für die Studie haben die Forschenden Daten von mehr als 28.700 deutschen Unternehmen von 2009 bis 2017 ausgewertet.

ZUR STUDIE

„What Drives the Relationship between Digitalization and Industrial Energy Demand? Exploring Firm-Level Heterogeneity"

www.zew.de/PU83816

BRÜCKENSTROMPREIS

TRANSFORMATIONS-BREMSENDE ENTLASTUNG

ZEW POLICY BRIEF VON PROF. DR. KATHRINE VON GRAEVENITZ
UND ELISA ROTTNER

Das Subventionieren industrieller Strompreise wie der Brückenstrompreis senkt den Anreiz zum Stromsparen, macht Innovationen weniger attraktiv und gefährdet die Transformation hin zu einer klimaneutralen Produktion in Deutschland. Zudem gibt es keine Belege für einen Wettbewerbsnachteil durch höhere Strompreise.

Niedrigere Strompreise senken den Anreiz, Strom zu sparen, wie eine Analyse der Besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) zeigt. So sparten Betriebe, die von der EEG-Umlage befreit wurden, weniger Strom ein als Betriebe, die nicht befreit wurden. Wenn Deutschland CO_2-neutral werden will, muss es sich fragen, ob es dann noch eine Industrie haben wird, die sehr stromintensiv ist. Denn Deutschland wird auch in Zukunft nur eine begrenzte Menge an Strom selbst erzeugen können. Gleichzeitig wird der Bedarf an elektrischer Energie weiter steigen – etwa für E-Autos, Wärmepumpen und die Elektrifizierung der Industrie.
Energieintensive Sektoren wie Glas, Papier, Chemie und Stahl machen mehr als zwei Drittel des Gesamtenergieverbrauchs im verarbeitenden Gewerbe aus. Die Sektoren haben in den vergangenen Jahren bis 2017 ihren Energieverbrauch eher erhöht als reduziert – trotz Emissionshandels und EEG-Umlage, von der allerdings einige Betriebe befreit waren.
Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keine Hinweise auf einen negativen Einfluss der Strompreise auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen. Bei den meisten Unternehmen liegt der Energiekostenanteil am Umsatz deutlich unter fünf Prozent. Energiekosten sind für die meisten Betriebe nicht der Hauptwettbewerbsfaktor. Andere Standortfaktoren wie qualifizierte Fachkräfte, belastbare Infrastruktur, politische Stabilität und Zugang zum Binnenmarkt sind relevanter für die internationale Wettbewerbsfähigkeit.
Insgesamt wird die Nachfrage nach Strom über alle Sektoren hinweg deutlich steigen. Um diesen Bedarf decken zu können, müssen überall hohe Anreize für Energieeffizienz vorhanden sein. Ein Industriestrompreis ist problematisch, weil er solche Anreize für mehr Energieeffizienz abschwächen kann.

ZUM ZEW POLICY BRIEF

„Brückenstrompreis: Fehler aus der Vergangenheit fortführen?“

www.zew.de/PU84108

VERKEHRSWENDE

SUBVENTIONEN OHNE GIESSKANNE

ZEW POLICY BRIEF VON ATABEK ATAYEV, PHD, GIAN CASPARI, PHD,
PROF. DR. ADRIAN HILLENBRAND UND PROF. DR. THILO KLEIN

Subventionen helfen, den Verkauf von umweltfreundlichen Produkten anzukurbeln. Oftmals werden sie aber nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Dadurch profitieren häufig diejenigen, die nicht auf sie angewiesen sind. Abhilfe geschaffen werden kann, indem man sich die Ungeduld finanzstärkerer Käuferinnen und Käufer zunutze macht.

Subventionen nach dem Prinzip ‚Wer zuerst kommt, mahlt zuerst' zu verteilen, ist einfach, aber nicht sonderlich effizient. Dadurch geht ein Teil der Verbraucherinnen und Verbraucher leer aus, die sich das Produkt ohne finanzielle Förderung nicht leisten können. Andere hingegen freuen sich über die Förderung, auch wenn sie sie eigentlich nicht benötigen. In Summe kommen so weniger umweltfreundliche Verkehrsmittel wie z. B. Lastenräder oder E-Bikes auf die Straße. Eine Lösung wären vorherige Prüfungen, um Subventionen gerechter zu verteilen. Diese steigern aber Verwaltungsaufwand sowie -kosten.

Effizienter wäre es, die Subventionen für finanzstärkere Käuferinnen und Käufer weniger attraktiv zu gestalten, indem man eine Wartezeit zwischen Antragstellung und Auszahlung einführt. Das mag seltsam erscheinen, aber man setzt hierbei auf die relative Ungeduld der finanzstärkeren Personen, die das Produkt sofort ohne Subvention kaufen. Denjenigen, die auf die Förderung angewiesen sind, bleibt nur die Wahl zwischen Verzicht oder Warten. Daher sind sie eher bereit, sich in Geduld zu üben, um die Förderung zu erhalten.

Die Herausforderung dabei ist die ideale Wartezeit. Sie muss lang genug sein, damit Ungeduldige zum Kauf des Produkts ohne Subvention animiert werden, darf aber auch nicht diejenigen abschrecken, die auf die Subvention angewiesen sind. Hierbei hilft eine Marktdesign-Lösung in Form einer Wartezeit-Auktion. Die interessierten Personen nennen die maximale Zeitspanne, die sie zu warten bereit sind. Nach einer bestimmten Frist werden die „Zeit-Gebote" ausgewertet und die Subventionen an die geduldigsten Verbraucherinnen und Verbraucher ausgegeben. Dies ist effizienter, da nur diejenigen die Subvention erhalten, die darauf angewiesen sind.

ZUM ZEW POLICY BRIEF

„Tapping into People's Impatience for Better Environmental Subsidies"

www.zew.de/PU84148

FORSCHUNG UND BERATUNG

FORSCHUNGS EINHEITEN

FORSCHUNGSEINHEITEN

ALTERSVORSORGE UND NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE

ALTERSVORSORGE UND NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE

LEITUNG

Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen

STELLVERTRETUNG

Dr. Karolin Kirschenmann

SCHWERPUNKTE

- Sparen und Altersvorsorge
- Financial Literacy
- Finanzielle Situation privater Haushalte in der Corona-Krise
- Erwartungsbildung auf Finanzmärkten
- Kreditvergabe von Banken und realwirtschaftliche Auswirkungen

1

FINANZIELLE BILDUNG: JUGENDLICHE GESTALTEN MIT FORSCHENDEN INNOVATIVE KONZEPTE

- **Schulteams erarbeiteten mit Forschenden Finanzbildungskonzepte für junge Menschen**
- **Finanzbildungs-App wurde beim YES!-Wettbewerb mit dem Best Scientific Analysis Award ausgezeichnet**

Forschende des ZEW und der Universität Mannheim betreuten beim YES! – Young Economic Solutions, einem der größten Schulwettbewerbe Deutschlands zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, zwei Teams, die sich der Frage widmeten, wie attraktive Finanzbildungsangebote für junge Menschen aussehen können. Beim Bundesfinale konnte die App „CashCoach“ des Gymnasiums bei St. Michael Schwäbisch Hall die Jury überzeugen und wurde mit dem Preis für die beste wissenschaftliche Analyse ausgezeichnet.

Empirische Erhebungen zeigen deutliche Unterschiede in der Finanzkompetenz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die bereits im Jugendalter messbar sind. Der angemessene Umgang mit finanziellen Angelegenheiten ist für junge Menschen wichtig, da sie sich beim Übergang in ein selbstbestimmtes Leben vielen finanziellen Entscheidungen gegenübersehen. Zahlreiche Forschungsbeiträge zeigen, dass gute finanzielle Entscheidungen durch Bildungsangebote gefördert werden können. Im März 2023 stellten das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Bildung und Forschung die „Initiative Finanzielle Bildung“ vor, die unter anderem die Erarbeitung einer nationalen Finanzbildungsstrategie vorsieht.

Der Vorschlag der Schülerinnen und Schüler stellt einen innovativen Beitrag zur gesellschaftlichen und ökonomischen Teilhabe dar. Sie präsentierten dabei eine App, die Finanzbildungsinhalte spielerisch vermitteln soll. Mit verschiedenen Lernmodulen, interaktiven Quizfragen und Wettbewerben zielt das Projekt darauf ab, spielerisch finanzielle Kompetenzen zu fördern. Der Vorschlag verbindet den pädagogischen Ansatz des Game-Based Learnings mit dem Einsatz digitaler Tools. Jüngste Forschungsergebnisse zeigen, dass der Einsatz spielerischer Elemente die Motivation der Lernenden steigern kann und positive Emotionen im Lernprozess die Inhalte nachhaltig verankern. Die App soll im schulischen und privaten Kontext genutzt werden können.

PUBLIKATION

„Attraktive Finanzbildung für junge Menschen mit CashCoach“

www.zew.de/PU84452

2

WELCHE ANLAGEKLASSEN SCHÜTZEN VOR INFLATION?

Finanzmarktexpertinnen und -experten bewerten Attraktivität verschiedener Anlageklassen

Nachdem die Inflation im Euroraum jahrelang stabil und eher zu niedrig als zu hoch war, waren die Jahre 2021 bis 2023 mit stark steigenden Inflationsraten und hoher Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Inflation gekennzeichnet. Da Inflation lange keine bedeutende Rolle für die Finanzmärkte spielte, mussten diese plötzlich umdenken. Schützen Aktien gegen Inflation oder sollte man besser in Immobilien investieren? Wann lohnt sich der Einstieg in Anleihen? Seit dem zweiten Quartal 2021 werden Expertinnen und -experten im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests quartalsweise befragt, wie sie die Attraktivität von breit gestreuten Anlagen in Aktien, Staats- und Unternehmensanleihen und Immobilien aus dem Euroraum auf Sicht von sechs Monaten bewerten und wie sich Faktoren wie zum Beispiel die Entwicklungen bei Inflation oder Zinsen auf ihre Einschätzungen ausgewirkt haben.

Während die Attraktivität von Aktien laut der Umfrageergebnisse über den gesamten Beobachtungszeitraum relativ stabil blieb, erwies sich die Entwicklung des Rendite-Risiko-Profils von Immobilien und Anleihen als sehr dynamisch (siehe Abbildung). Nachdem Staats- und Unternehmensanleihen anfänglich sehr schlecht beurteilt wurden, konnten diese mit dem Anstieg der Zinsen ab dem dritten Quartal 2022 schrittweise wieder an Attraktivität gewinnen. Im Gegensatz dazu wurde das Rendite-Risiko-Profil von Immobilien zu Beginn des Beobachtungszeitraums zunächst positiv beurteilt, bevor ein langer Abwärtstrend bei deren Attraktivität einsetzte.

Wieso schneiden Immobilien im Vergleich zu Anleihen so schlecht ab? Laut Einschätzungen der Expertinnen und Experten profitieren Immobilien zum einen weniger von steigenden Zinsen als Anleihen. Zum anderen sind Immobilien aktuell noch zu hoch bewertet und damit sehr riskant.

UMFRAGE

AKTIEN, ANLEIHEN ODER IMMOBILIEN?

WAS SCHÜTZT VOR INFLATION?

1 **MIT BLICK AUF DIE NÄCHSTEN SECHS MONATE, WIE BEURTEILEN SIE DAS RENDITE-RISIKO-PROFIL DER FOLGENDEN ANLAGEKLASSEN?**

Orientieren Sie sich dabei an breit gestreuten Indizes für das **Eurogebiet**.

Das Rendite-Risiko-Profil von … beurteile ich …

① stark positiv
② leicht positiv
③ leicht negativ
④ stark negativ
⑤ keine Angabe

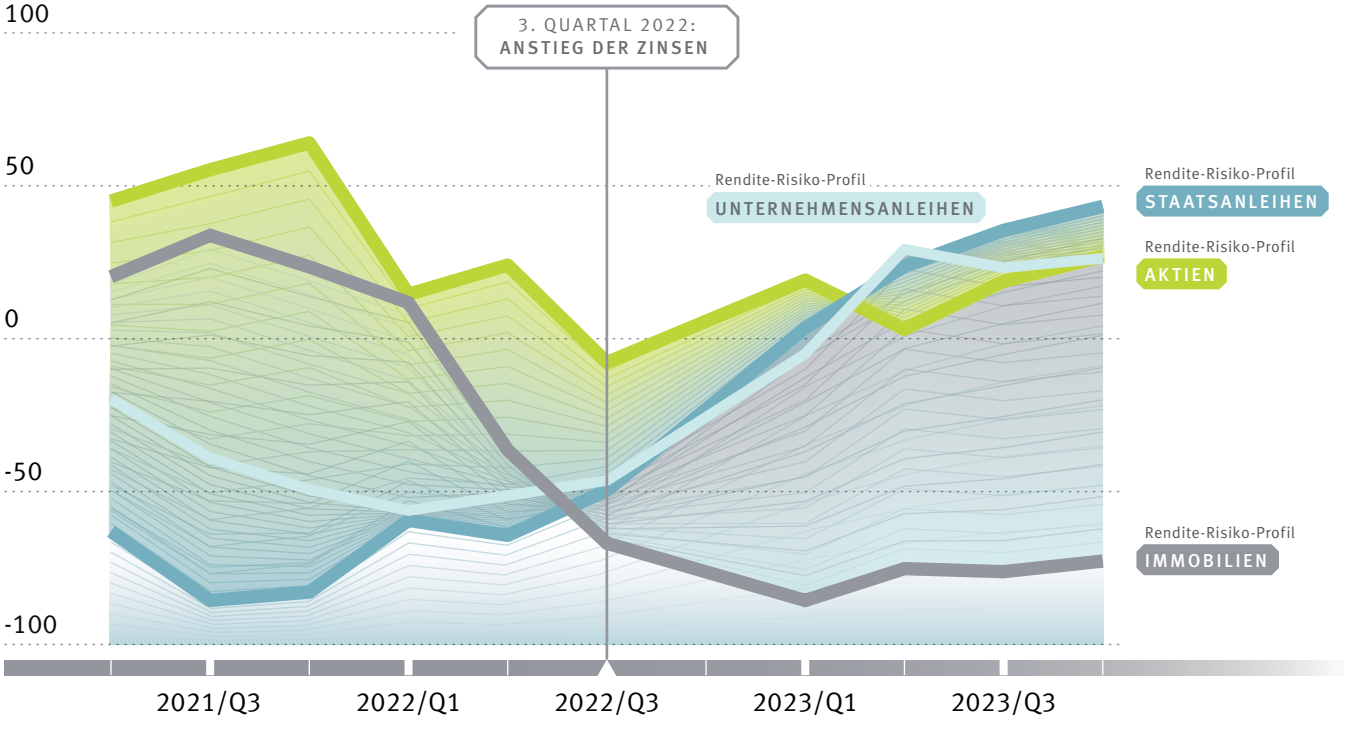
	1	2	3	4	5
AKTIEN	⬡	⬡	⬡	⬡	⬡
IMMOBILIEN	⬡	⬡	⬡	⬡	⬡
UNTERNEHMENSANLEIHEN	⬡	⬡	⬡	⬡	⬡
STAATSANLEIHEN	⬡	⬡	⬡	⬡	⬡

ANLAGEKLASSEN

AKTIEN | IMMOBILIEN | UNTERNEHMENSANLEIHEN | STAATSANLEIHEN

ERGEBNISSE DER UMFRAGE SEIT 2021

SALDO IN PUNKTEN



QUELLE: ZEW

Seminarräume
Auditorium

FORSCHUNGSEINHEITEN

ARBEITSMÄRKTE UND SOZIAL VERSICHERUNGEN

ARBEITSMÄRKTE UND SOZIAL-VERSICHERUNGEN

LEITUNG

Prof. Dr. Nicolas Ziebarth

STELLVERTRETUNG

Prof. Dr. Melanie Arntz
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

SCHWERPUNKTE

- Bildung und soziale Mobilität
- Digitalisierung und struktureller Wandel
- Gesundheit im Arbeitsleben
- Zuwanderung und Integration

LEITUNG NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPE

Integration von Migranten/-innen und Einstellung zum Sozialstaat

Dr. Martin Lange

1

WIE SCHAFFT MAN ANREIZE FÜR MEHR AMBULANTE PFLEGE?

Demografische Entwicklung erhöht Druck auf Pflegeversicherung, die ökonomischen Anreize in der stationäre Pflege zu optimieren

Wie in Deutschland nimmt auch in den USA der Kostendruck in der Pflegeversicherung immens zu. Und wie in Deutschland gibt es auch in den USA eine starke Präferenz von Betroffenen und Angehörigen für ambulante, häusliche Pflegelösungen.

Anhand der Abrechnungsdaten von mehr als 500.000 Pflegeheimaufenthalten in vier US-Bundesstaaten untersucht eine ZEW-Studie, wie bessere ökonomische Anreize für ambulante Pflege geschaffen werden können. Ziel ist es, die Anreize für Pflegeheimbetreiber so zu setzen, dass Pflegebedürftige, die auch zu Hause gepflegt werden könnten, nicht aus Profitgründen länger als nötig in einem Pflegeheim untergebracht werden.

Die Haupterkenntnis der Studie ist, dass Pflegeheimanbieter stärker auf monetäre Anreize durch optimierte Vergütungsstrukturen reagieren, als die Patientinnen und Patienten auf Zuzahlungen. Zuzahlungen belasten letztere vor allem bei geringer ökonomischer Steuerungswirkung im Vergleich zu Anbietervergütungen durch Krankenkassen. Daher sollten zukünftige Reformen zur Verbesserung der Pflege in erster Linie bei stationären Vergütungssystemen ansetzen.

Möchte die Regierung Anreize schaffen, dass Pflegebedürftige nicht länger als nötig in Pflegeheimen untergebracht sind – zum Beispiel nach akuten Gesundheitsschocks –, so sollten die Vergütungssysteme entsprechend anreizkompatibel ausgestaltet sein. Dies kann zum Beispiel durch Koordinations- und Überweisungsprämien für die häusliche Versorgung geschehen.

STUDIE

„Patient vs. Provider Incentives in Long Term Care“

www.zew.de/PU84448

2

TECHNOLOGISCHER WANDEL FÖRDERT CHANCENGLEICHHEIT

Infolge von Computerisierung rücken individuelle Fähigkeiten und Qualifikationen in den Vordergrund

Der technologische Wandel in Deutschland hat den Einfluss der sozialen Herkunft auf den beruflichen Erfolg in einigen Berufen verringert, wie eine ZEW-Studie zeigt. Die zunehmende Computerisierung am Arbeitsplatz in den 1990er Jahren erleichterte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Eltern kein Abitur haben, den Zugang zu Berufen mit starkem technologischem Wandel. In diesen Berufen glichen sich auch deren Löhne denen von Beschäftigten aus bildungsnahen Familien an. Der Grund liegt in den infolge des technologischen Wandels veränderten Job-Anforderungen, wodurch vorteilbringende Kenntnisse und Netzwerke der Eltern an Bedeutung verloren. Stattdessen rückten individuelle Fähigkeiten und Qualifikationen in den Vordergrund.

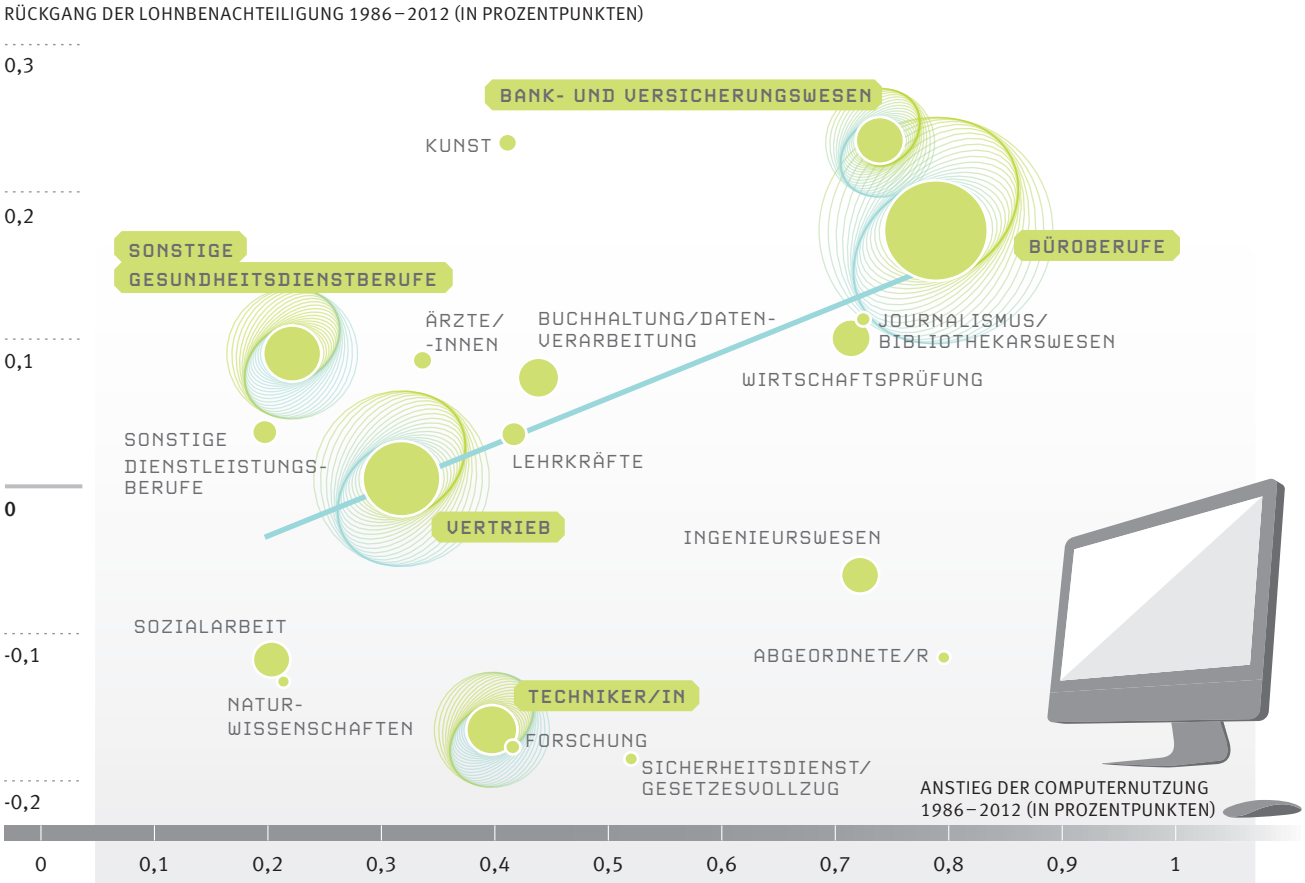
In den 1990er-Jahren schritt in Deutschland die Computerisierung der Arbeitsplätze rasch voran. Dies wirkte sich positiv auf die Chancengleichheit aus: In Berufen, in denen Angestellte verstärkt rechnergestützte Geräte für ihre Arbeit nutzten, erhöhte sich der Anteil der Beschäftigten aus bildungsfernen Familien deutlich, insbesondere bei denjenigen mit Abitur. Stieg die Computerisierung in einem Beruf um zehn Prozent, so nahm unter den höherqualifizierten Beschäftigten der Anteil derjenigen, deren Eltern kein Abitur haben, um etwa vier Prozent zu. Doch der Bildungshintergrund der Eltern beeinflusste nicht nur die Jobchancen, sondern auch die Löhne. Bis in die frühen 1990er Jahre lagen die Löhne von Beschäftigten aus bildungsfernen Familien je nach eigenem Bildungsniveau fünf bis zehn Prozent niedriger als die von Beschäftigten, deren Eltern Abitur haben. Diese Lohnbenachteiligung ging ab Mitte der 1990er Jahre stetig zurück, vor allem in Berufe mit starkem technologischen Wandel. Für Personen mit Abitur verschwand der Lohnnachteil ab Anfang der 2000er Jahre sogar völlig. Interessanterweise nahm die Lohnbenachteiligung in den Folgejahren nicht wieder zu, obwohl die Nutzung von PCs in vielen Berufen gängige Praxis geworden ist.

STUDIE

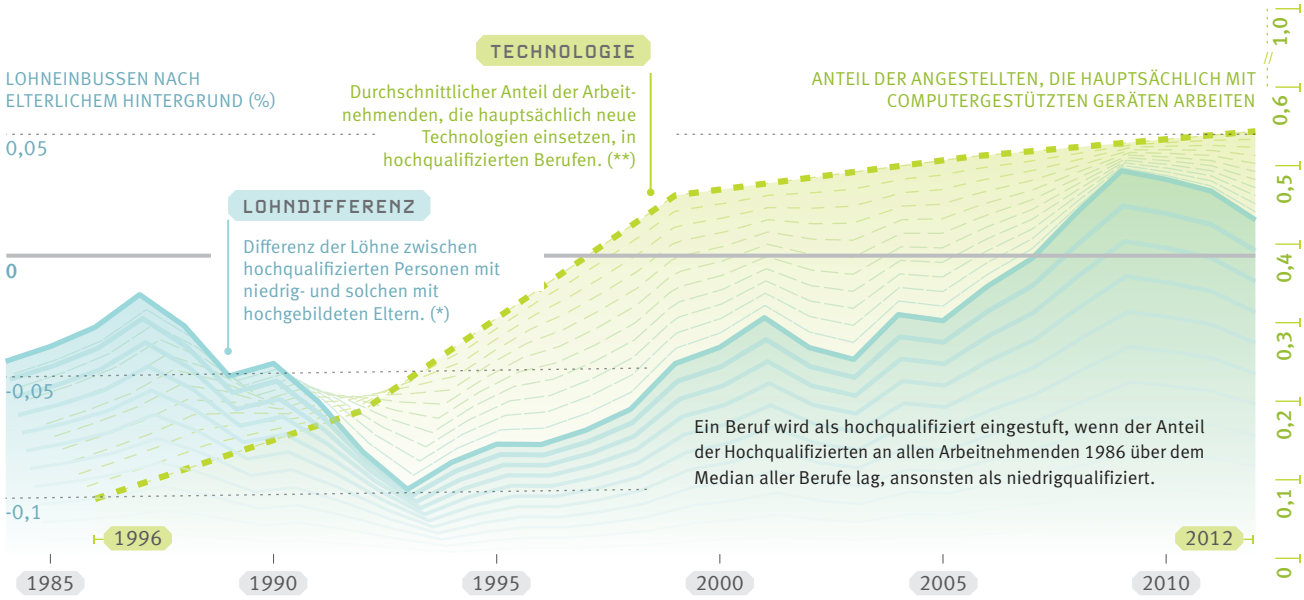
„Computers as Stepping Stones? Technological Change and Equality of Labor Market Opportunities"

www.zew.de/PU84242

DIE LOHNBENACHTEILIGUNG SANK AM MEISTEN IN BERUFEN MIT STARKEM TECHNOLOGISCHEN WANDEL



Ein Beispiel: In Büroberufen ist der Anteil der Angestellten, die hauptsächlich mit computergestützten Geräten arbeiten, zwischen 1986 und 2012 um 79 Prozentpunkte gestiegen (x-Achse), während in demselben Zeitraum die Lohnlücke zwischen Arbeitnehmenden aus bildungsfernen Familien und solchen, deren Eltern Abitur hatten, um 17 Prozentpunkte gesunken ist (y-Achse).



QUELLEN: *Gleitende Durchschnitte über drei Jahre. Basierend auf dem SOEP, unter Verwendung repräsentativer Gewichte. **BIBB/IAB und BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung. Berufe gewichtet nach den Anteilen der Beschäftigung im Jahr 1986. Nur Westdeutschland, eigene Berechnungen.

FORSCHUNGSEINHEITEN

DIGITALE ÖKONOMIE

DIGITALE ÖKONOMIE

LEITUNG

Prof. Dr. Irene Bertschek

STELLVERTRETUNG

Dr. Dominik Rehse

SCHWERPUNKTE

- Diffusion digitaler Technologien
- Digitalisierung und Unternehmensstrategien
- Digitale Plattformen
- Design digitaler Märkte

LEITUNG NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPE

Design digitaler Märkte

Dr. Dominik Rehse

1

MARKTDESIGN BIETET BAUSTEIN FÜR PRÜFUNG GENERATIVER KI

- **Das Auffinden und Validieren von KI-Fehlverhalten kann als Marktdesignproblem verstanden werden**
- **Die Ausgestaltung der Marktregeln determiniert die Verlässlichkeit der Prüfung**

Die Frage nach der Regulierung generativer künstlicher Intelligenz (KI) wurde spätestens seit der rasanten Verbreitung von ChatGPT immer drängender. Es zeichnet sich ab, dass sogenanntes „Red Teaming“ ein wichtiger Baustein für die Prüfung generativer KI sein wird. Dafür versucht eine Gruppe von Fachleuten – das „Red Team“ –, die KI bewusst zu Fehlverhalten zu verleiten. So soll die Anfälligkeit für verschiedene Arten von Fehlverhalten ausgelotet werden. Um das Potenzial dieses Ansatzes optimal zu nutzen, schlagen ZEW-Forschende vor, einen zweiseitigen Markt zu schaffen: Auf der einen Marktseite werden Preise für das Entdecken bestimmter Fehlverhaltensweisen ausgelobt. Auf der anderen Marktseite wird ein Urteil über das tatsächliche Vorliegen eines entsprechenden Fehlverhaltensfalls gefällt. Dies muss ebenfalls vergütet werden. Die Trennung von Auffinden und Validieren erlaubt eine anreizkompatible Gestaltung der Vergütungen. Schließlich sollte das gefundene Fehlverhalten unabhängig bewertet werden und nicht vom Red Team selbst. In einer Reihe von Experimenten wird untersucht, wie die Anreize auf beiden Marktseiten ausgestaltet sein müssen, um eine verlässliche Prüfung zu ermöglichen. Der Ansatz eines solchen strukturierten Red Teamings ist flexibel einsetzbar, beispielsweise bei der Beurteilung verschiedener Fehlverhaltensarten und -intensitäten. So ist zum Beispiel eine durch KI generierte Anleitung zum Bau einer Bombe schwerwiegender als eine generierte einfache Beleidigung.
Die Nachwuchsforschungsgruppe „Design digitaler Märkte“ diskutierte diesen Ansatz im Rahmen einer ZEW Lunch Debate in Brüssel.

VERANSTALTUNG

ZEW Lunch Debate zu „Implementing the AI Act: How to Assess Generative Artificial Intelligence“

www.zew.de/VA4311-1

2

REGIONALE DIVERSIFIZIERUNG ZAHLT SICH FÜR UNTERNEHMEN AUS

- **Einseitige Abhängigkeiten gefährden Souveränität und Lieferketten**
- **Analysen auf Basis von Mikrodaten zeigen Zusammenhang zwischen Diversifizierung und Unternehmenserfolg**

Ob mithilfe von Subventionen für eine Intel-Chipfabrik in Magdeburg oder der nationalen Sicherheitsstrategie – die deutsche Politik strebt aufgrund aktueller geopolitischer Risiken und Lieferkettenprobleme nach mehr digitaler Unabhängigkeit. Derzeit beziehen viele deutsche Unternehmen IKT-Güter aus einigen wenigen Lieferländern. Trotz erheblicher Kosten für eine breitere Aufstellung der Importe von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), wie etwa Mikrochips oder anderen Hardware-Komponenten, zahlt sich die regional verteilte Beschaffung jedoch aus. Eine Studie des ZEW Mannheim und des DIW Berlin zeigt, dass auch unabhängig von aktuellen Krisen eine stärkere Diversifizierung von Lieferketten Hand in Hand mit dem Unternehmenserfolg geht.

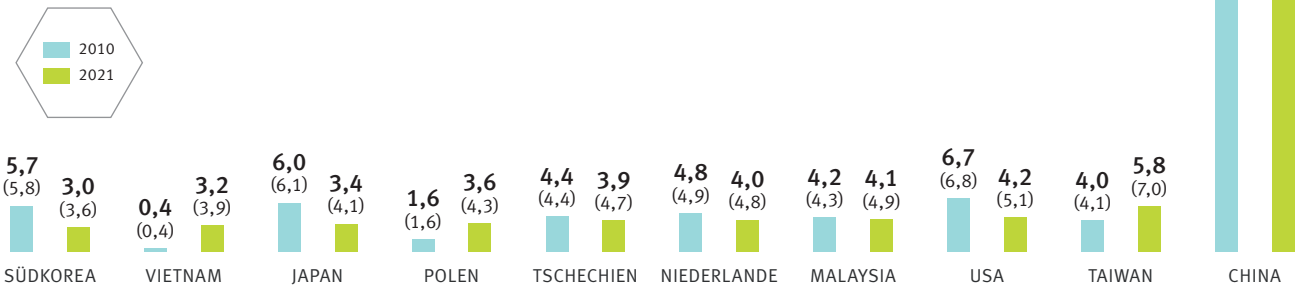
Auf Basis von Mikrodaten der amtlichen Statistik für die Jahre 2010 und 2014 wurden in der Analyse insgesamt 3.888 Unternehmen in Deutschland untersucht, die IKT-Güter importieren. So konnten die Forschenden den Zusammenhang zwischen dem Grad der Diversifizierung und dem Unternehmenserfolg erfassen. Anhand der Daten lässt sich bereits vor der aktuellen geopolitischen Situation ein positiver Zusammenhang zwischen Diversifizierung und Unternehmenserfolg nachweisen. Und das gilt für kleinere und größere Unternehmen gleichermaßen. Wenn Unternehmen die regionale Diversität ihrer Bezugsländer ausweiten, können sie sich krisenresistenter aufstellen. Diversifizierung ist also kein Nachteil für die Unternehmen, sondern geht mit deren Erfolg einher.

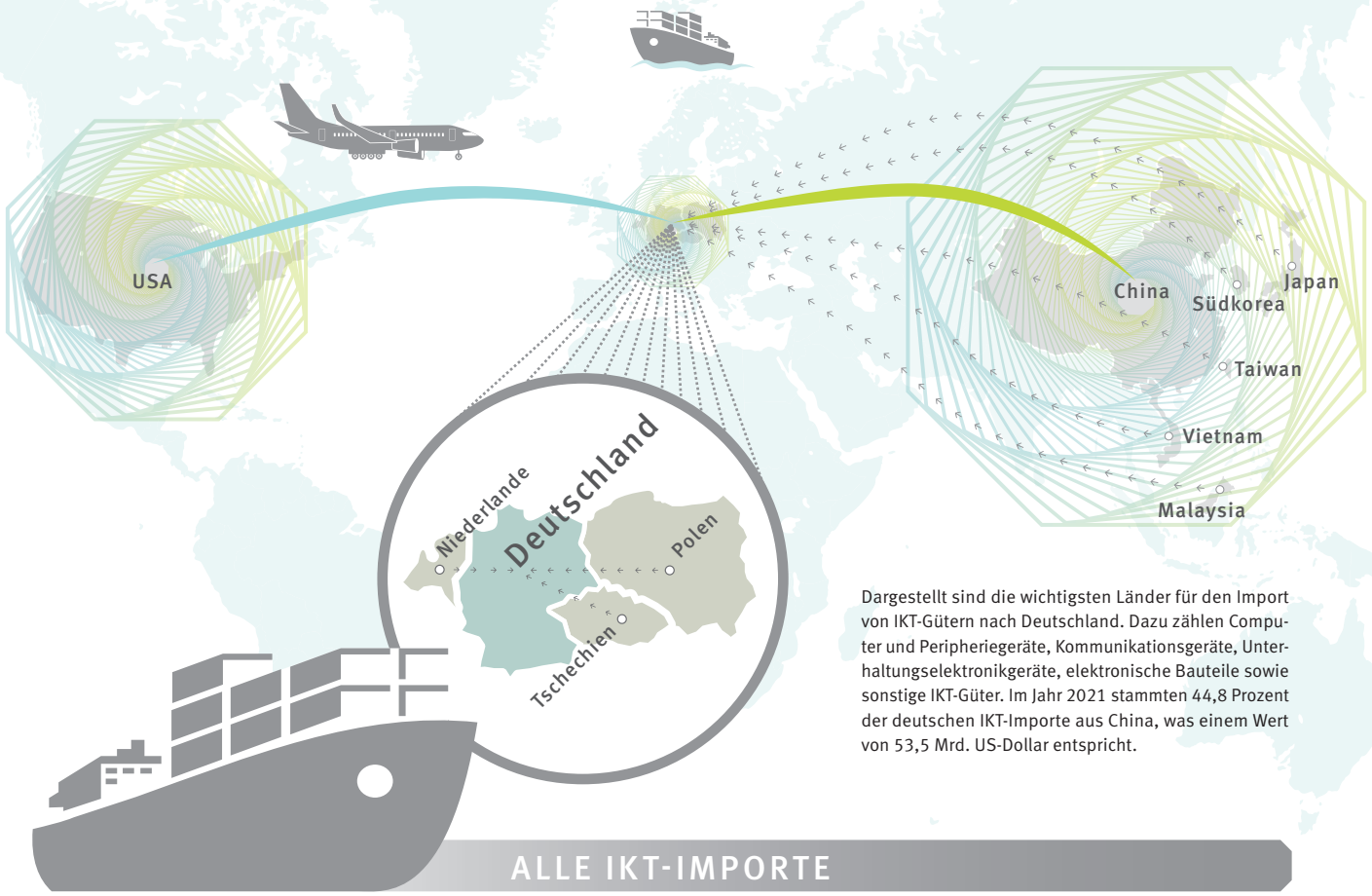
STUDIE

„To Diversify or Not? – The Link between Global Sourcing of ICT Goods and Firm Performance“
www.zew.de/PU85827

WICHTIGE IMPORTLÄNDER FÜR IKT-GÜTER

ANTEIL DER IKT-IMPORTE IN PROZENT (fett)
IKT-IMPORTE IN MILLIARDEN USD (in Klammern)





Dargestellt sind die wichtigsten Länder für den Import von IKT-Gütern nach Deutschland. Dazu zählen Computer und Peripheriegeräte, Kommunikationsgeräte, Unterhaltungselektronikgeräte, elektronische Bauteile sowie sonstige IKT-Güter. Im Jahr 2021 stammten 44,8 Prozent der deutschen IKT-Importe aus China, was einem Wert von 53,5 Mrd. US-Dollar entspricht.

ALLE IKT-IMPORTE

2010 ››› 101,2 MRD. USD

AUS CHINA
36,6 MRD. (36,1%)

AUS DEN USA
6,8 MRD. (6,7%)

2021 ››› 119,6 MRD. USD

AUS CHINA
53,5 MRD. (44,8%)

AUS DEN USA
5,1 MRD. (4,2%)

QUELLE: UNCTAD Bilateral trade flows by ICT goods categories statistics, eigene Berechnungen

FORSCHUNGSEINHEITEN

INNOVATIONSÖKONOMIK UND UNTERNEHMENS DYNAMIK

INNOVATIONS-ÖKONOMIK UND UNTERNEHMENSDYNAMIK

LEITUNG

Prof. Dr. Hanna Hottenrott

STELLVERTRETUNG

Prof. Dr. Bettina Peters
Dr. Christian Rammer

SCHWERPUNKTE

- Innovative Veränderungsprozesse in Unternehmen
- Dynamik im Unternehmenssektor: Gründungen, Schließungen und M&A
- Wissensgenerierung und -austausch von Industrie und Wissenschaft
- Wettbewerb zwischen Unternehmen

LEITUNG NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPEN

Co-Creation
Dr. Bastian Krieger

Wettbewerb und Innovation
Prof. Dr. Bernhard Ganglmair

1

ZEW-GRÜNDERKONFERENZ VEREINT WISSENSCHAFT UND PRAXIS

Fundierter Austausch auf einer der wichtigsten Wissenschaftskonferenzen auf dem Gebiet Entrepreneurship und Unternehmensdynamik

Am 12. und 13. Oktober 2023 richtete der Forschungsbereich die fünfte „Conference on the Dynamics of Entrepreneurship (CoDE)“ aus. 90 internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten ihre neuesten Forschungsergebnisse zur Bedeutung junger Unternehmen für die Dynamik im Unternehmenssektor vor und diskutierten diese rege.

Ein besonderes Highlight war das Eingangsreferat von Ufuk Akçiğit, Professor an der University of Chicago und Forschungsbereichsleiter am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Er sprach über die Auswirkungen der Privatisierungsbestrebungen der Treuhand-Gesellschaft auf die Produktivität von Unternehmen in den Neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze stellte zu der Zeit eine große gesellschaftliche und politische Herausforderung dar. Aus diesem Grund ging die Treuhand dazu über, potenziellen Investoren nur dann den Zuschlag zu geben, wenn sie sich verpflichteten, für einen gewissen Zeitraum eine definierte Untergrenze an Arbeitsplätzen nicht zu unterschreiten. Prof. Akçiğit führte aus, dass diese Regeln zwar zu einem höheren Beschäftigungs- und Produktivitätswachstum führen, aber auch die Wahrscheinlichkeit von Unternehmensschließungen aufgrund geringerer Rentabilität erhöhen.

Bereichert wurde die Konferenz durch eine Podiumsdiskussion mit Perspektiven aus Politik, Wirtschaft und Forschung zum Thema „Wie kann die Politik Wachstumsgründungen unterstützen?“. Prof. Javier Miranda (IWH) stellte die nachlassende Gründungsdynamik in den USA und weiten Teilen Europas dar. Von seinen eigenen Erfahrungen und Herausforderungen bei der Unternehmensgründung berichtete Daniel De Monte, Gründer der Firma WEMONTE. Chiara Criscuolo (OECD) und Dr. Johannes Velling (Wirtschaftsministerium NRW) gaben interessante Einblicke in die Herausforderungen bei der Gestaltung von Förderprogrammen für junge Unternehmen.

NACHBERICHT

„Fünfte internationale Gründerkonferenz am ZEW“

www.zew.de/AM8836

2

UNSICHERHEIT TREIBT ERFINDERINNEN UND ERFINDER ZUR AUSWANDERUNG

Studie untersucht Mobilität von Erfinderinnen und Erfindern zwischen 12 europäischen Ländern

Eine gemeinsame Studie des ZEW und der KU Leuven untersucht, wie Erfinderinnen und Erfinder auf wirtschaftspolitische Unsicherheit in ihrem Umfeld reagieren: Bleiben diese für die Innovationskraft und Transformationsprozesse von Volkswirtschaften so wichtigen Personen oder wandern sie angesichts von Unsicherheit in andere, sicherere Länder ab? Das Verständnis dieser Entscheidungsprozesse ist auch aus wirtschaftspolitischer Perspektive wichtig, da in Deutschland notwendige Transformationsprozesse mit stark ausgeprägtem Fachkräftemangel einhergehen.

In der im renommierten Fachjournal „Research Policy“ veröffentlichten Studie zeigen die Forschenden empirisch, dass Erfinderinnen und Erfinder das Ausmaß an Unsicherheit in ihrem derzeitigen Aufenthaltsland gegen mögliche Auswanderungsziele abwägen: Sie wandern weniger aus, wenn die wirtschaftspolitische Unsicherheit im Zielland höher ist, und mehr, wenn sie im Herkunftsland relativ höher ist. Auf Basis von Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt hat das Autorenteam einen Datensatz – das „Erfinderkarriere-Panel“ – aufgebaut, um die Erfindermigration zwischen 12 europäischen Ländern im Zeitraum von 1997 bis 2012 zu beobachten.

Ein Anstieg der relativen Unsicherheit des Heimatlandes ist mit einem Anstieg der Abwanderungswahrscheinlichkeit von Erfinderinnen und Erfindern um fast 20 Prozent verbunden. Der Zusammenhang ist stark nicht-linear, wobei relative Unsicherheitswerte im oberen Perzentil zu einem Anstieg von über 70 Prozent führen. Außerdem spielen persönlichen Eigenschaften der Erfinderinnen und Erfinder eine Rolle bei der Migration. So erhöht eine frühere Zusammenarbeit mit anderen, internationalen Erfinderinnen und Erfindern die Wahrscheinlichkeit, selbst das Wagnis einer Abwanderung einzugehen.

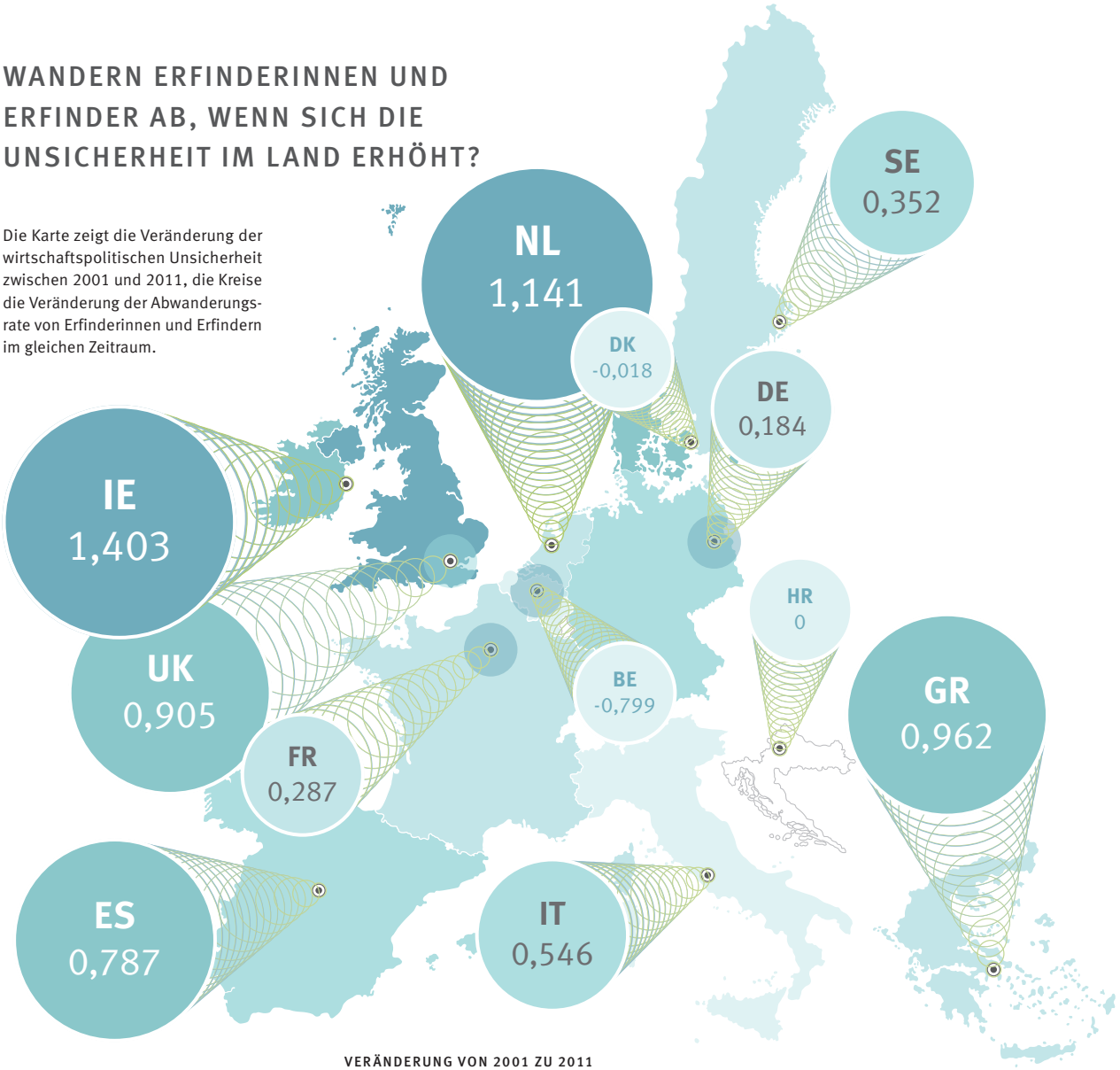
STUDIE

„Policy Uncertainty and Inventor Mobility“

www.zew.de/PU83644

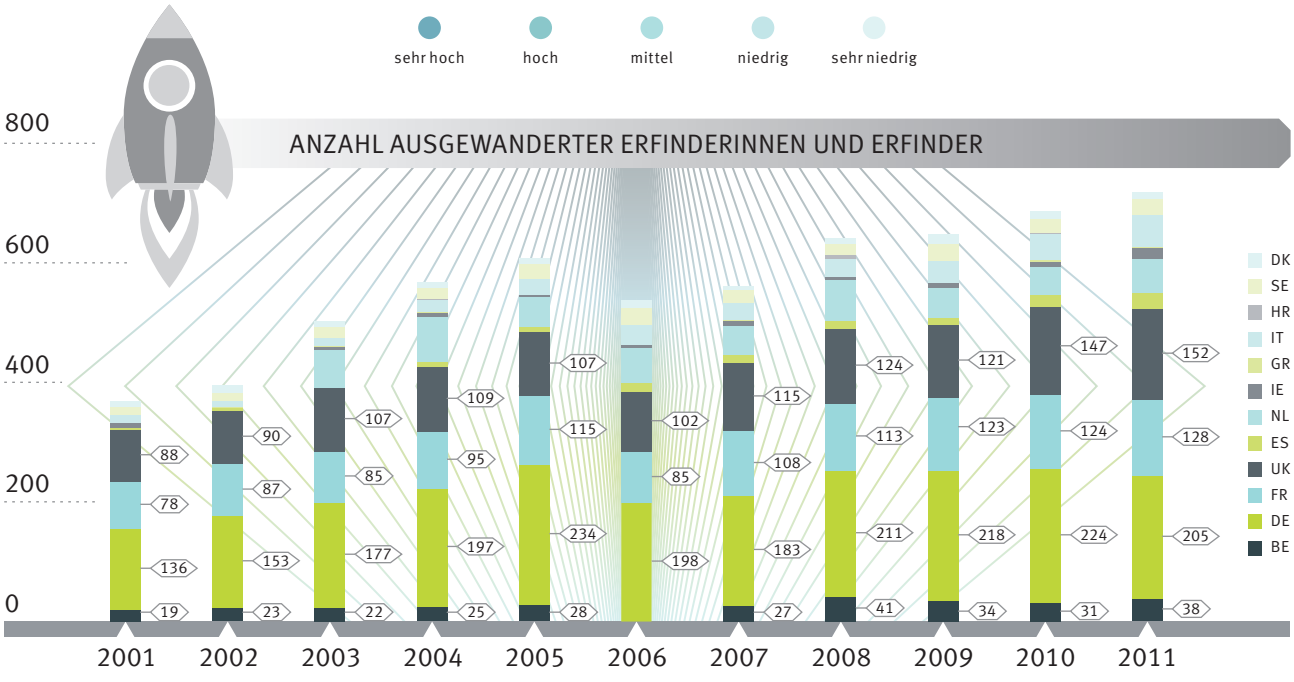
WANDERN ERFINDERINNEN UND ERFINDER AB, WENN SICH DIE UNSICHERHEIT IM LAND ERHÖHT?

Die Karte zeigt die Veränderung der wirtschaftspolitischen Unsicherheit zwischen 2001 und 2011, die Kreise die Veränderung der Abwanderungsrate von Erfinderinnen und Erfindern im gleichen Zeitraum.



VERÄNDERUNG VON 2001 ZU 2011
VERÄNDERUNG DER ABWANDERUNGSWAHRSCHEINLICHKEIT (IN %)

sehr hoch · hoch · mittel · niedrig · sehr niedrig



QUELLE: Baker et al., 2016

FORSCHUNGSEINHEITEN

MARKT DESIGN

MARKTDESIGN

LEITUNG

Prof. Achim Wambach, PhD
(kommissarisch)

STELLVERTRETUNG

Dr. Marion Ott

SCHWERPUNKTE

- Auktionen
- Matching-Märkte
- Allokationsverfahren
- Hub für Feldexperimente

1

STROMMARKTDESIGN: MARKTBASIERTER REDISPATCH KANN NETZENGPÄSSE WEITER VERSTÄRKEN

- **Derzeitiges Strommarktdesign macht Redispatch-Maßnahmen zur Berücksichtigung von Netzrestriktionen erforderlich**
- **Europäische Kommission favorisiert marktbasierten Redispatch, der Gefahr von Ineffizienz birgt**

In Europa sind die Strommärkte in großen Gebotszonen organisiert, in denen der Strommarktpreis einheitlich ist und Netzrestriktionen ignoriert werden. Dies hat zur Integration der europäischen Märkte beigetragen.

Doch die Energiewende ändert die Nutzung der Stromnetze. Erneuerbare Energien werden vornehmlich dort erzeugt, wo Ressourcen verfügbar sind, statt nahe den großen Nachfragezentren. Um nach dem Stromhandel die Erzeugung an die Netzrestriktionen und die Nachfrage anzupassen, werden in Deutschland Stromerzeuger vor einem Engpass ab- und nach einem Engpass zugeschaltet. Für diesen sogenannten Redispatch werden sie entschädigt. Diese auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegten Redispatch-Kosten sind stark gestiegen und betrugen 2022 über 2,5 Mrd. Euro.

Die Beschaffung von Redispatch-Ressourcen ist Gegenstand intensiver Debatten. Die Europäische Kommission schlägt Redispatch-Märkte mit freiwilliger Teilnahme vor, bei denen Netzbetreiber über Auktionen auf beiden Seiten eines Engpasses Ressourcen beschaffen.

Dies führt jedoch zu Arbitragemöglichkeiten zwischen Strommarkt und Redispatch-Markt. Beim sogenannten „inc-dec gaming“ bieten Akteure am Strommarkt aggressiv, um den verkauften Strom danach günstiger am lokalen Redispatch-Markt zurückzukaufen. Oder, wenn sie auf der anderen Seite des Engpasses stehen, agieren sie am Strommarkt zurückhaltend, um danach zum höheren Redispatch-Preis zu verkaufen.

Eine Analyse im Auftrag eines Netzbetreibers zeigt, dass diese Anreize zum „inc-dec gaming“ das Bietverhalten prägen, selbst bei unvollständigen Informationen über die Kosten ihrer Konkurrenten oder unsicherer Engpassvorhersagen. Dies erhöht die im Redispatch gehandelte Menge und erzeugt Ineffizienz. Die zonalen Strommärkte werden durch die Energiewende zunehmend belastet, und Redispatch-Märkte könnten den bereits hohen Redispatch-Bedarf noch verstärken. Nodale Strommärkte, die das Netz direkt berücksichtigen und lokal bepreisen, vermeiden hingegen den Redispatch.

STUDIEN

„Strategisches Verhalten im marktbasierten Redispatch: Ergebnisse einer spieltheoretischen Analyse“
www.zew.de/PU83949

„Congestion Management Games in Electricity Markets“
www.zew.de/PU83818

2

ALGORITHMEN IN DER SCHULWAHL: KLEINE REGELÄNDERUNGEN ZEIGEN GROSSE WIRKUNG

- **Die Erweiterung der Schulwahl über Bezirksgrenzen hinaus hat vor allem positive Effekte**
- **Die verwendeten Algorithmen beeinflussen die Effizienz und Ungleichheit deutlich**

Welche konkreten Wirkungen haben Zuteilungsregeln zu Schulen? Diese Frage untersuchte das ZEW gemeinsam mit dem DIW Berlin im Rahmen des vom „Leibniz-Kooperative Exzellenz"-Programm geförderten Projekts „Design der Schulplatzvergabe für Diversität und bessere Lernergebnisse".

Unter anderem wurden die Wohlfahrtseffekte einer Ausweitung der digital unterstützten Schulwahl über Bezirksgrenzen hinweg analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass Schülerinnen und Schüler in allen Bezirken von den erwarteten Wohlfahrtsgewinnen profitieren. Daten zu ungarischen Sekundarschulen bestätigen, dass eine Erweiterung zu Wohlfahrtsgewinnen führt, vergleichbar mit dem Besuch einer Schule, die fünf Kilometer näher an der Adresse der Schülerinnen und Schüler liegt. Während 73 Prozent der Schulkinder davon profitieren, werden nur knapp drei Prozent einer weniger bevorzugten Schule zugewiesen.

Eine weitere Forschungsarbeit, die dieses Jahr in der Fachzeitschrift *Games and Economic Behavior* erschien, zeigt, dass gängige Vergabeverfahren wie der Deferred-Acceptance-Algorithmus (DA) hohe Kosten in Form von Ineffizienz und starker Ungleichheit verursachen. Ein Rank-Minimizing-Algorithmus (RM) reduziert diese Kosten deutlich. Vorteil des DA ist, dass es für Eltern optimal ist, Schulen nach ihrer wahren Präferenz aufzulisten. Jedoch verteilt der DA in Budapest 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf ihre vierte oder noch schlechtere Wunschschule, während der RM nur weniger als drei Prozent einer solchen Schule zuordnet. Andere Städte wie Amsterdam haben dieses Problem bereits erkannt. Um damit umzugehen, garantieren sie jedem Schulkind einen Platz in einer seiner ersten acht Wunschschulen durch ein kompliziertes System von Reserveplätzen. Der analysierte RM könnte in diesem Zusammenhang als einfachere Alternative dienen.

STUDIEN

„The Cost of Strategy-Proofness in School Choice"
www.zew.de/PU84209

„Improving Efficiency and Equality in School Choice"
www.zew.de/PU83648

MIT WELCHEM ALGORITHMUS KOMMT MAN EHER AN SEINE WUNSCHSCHULE?

ZWEI ALGORITHMEN IM VERGLEICH

Insgesamt **10.131** Kinder wurden anhand ihrer angegebenen Präferenzen per Algorithmus auf Schulen in Budapest zugeteilt. Die Grafik zeigt die unterschiedlichen Ergebnisse zweier Algorithmen im Vergleich.

RM // Rang-minimierender Algorithmus

DA // Deferred-Acceptance-Algorithmus

(bisher häufig verwendet)

START
Schulplatzvergabe

BOXENSTOPP

Der **RM** sticht mit guten Platzierungen und Pareto-Effizienz. Die Stärken des **DA** sind Strategiesicherheit und Fairness.

RM // Rang-minimierender Algorithmus

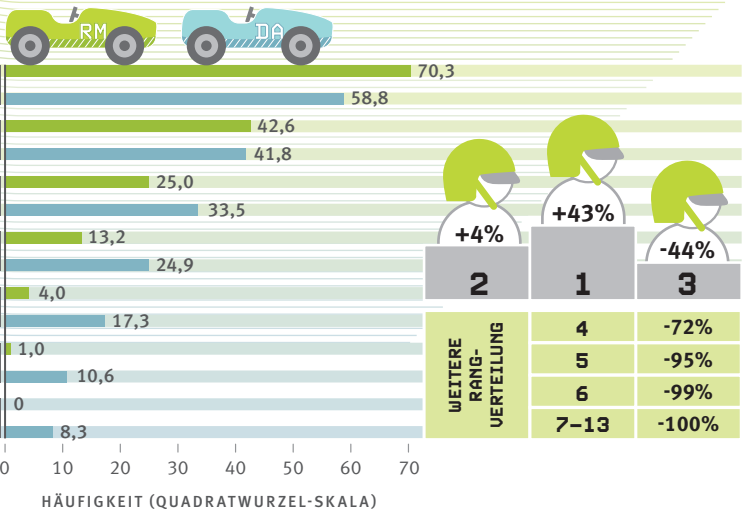
Durchschnittsplatz	1,48
Schlechtester Platz	6
Pareto-Effizienz*	Ja
Nicht offensichtlich manipulierbar	Ja
Strategiesicher**	Nein
Fairness***	54%

* Ein nachträglicher Tausch für Eltern nicht vorteilhaft
** Für Eltern ist es optimal, Schulen nach ihrer wahren Präferenz aufzulisten.
*** Anteil Schulkinder ohne berechtigten Neid

DA // Deferred-Acceptance-Algorithmus

Durchschnittsplatz	2,10
Schlechtester Platz	13
Pareto-Effizienz*	Nein
Nicht offensichtlich manipulierbar	Ja
Strategiesicher**	Ja
Fairness***	100%

* Ein nachträglicher Tausch für Eltern nicht vorteilhaft
** Für Eltern ist es optimal, Schulen nach ihrer wahren Präferenz aufzulisten.
*** Anteil Schulkinder ohne berechtigten Neid



ZIEL

Mit dem RM-Algorithmus kommen 43 Prozent mehr Kinder auf ihre Erstwunschschule als bisher mit dem strategiesicheren DA. Kein Kind wird mehr einer Schule zugewiesen, die schlechter als Platz 6 auf seiner Wunschliste steht.

Seminarrooms
Auditorium

FORSCHUNGSEINHEITEN

UMWELT- UND KLIMAÖKONOMIK

UMWELT- UND KLIMAÖKONOMIK

LEITUNG

Prof. Dr. Sebastian Rausch

STELLVERTRETUNG

Dr. Oliver Schenker
Prof. Kathrine von Graevenitz, PhD

SCHWERPUNKTE

- Politikevaluierung
- Nachhaltiges Verhalten
- Internationale Kooperation im Klimaschutz
- Klimafreundliche Energieversorgung

1

KLIMASCHUTZ GENERATIONENGERECHT GESTALTEN

Klimaschutz durch Technologiepolitik erhöht Zustimmung heutiger Generationen zu Kosten künftiger Generationen

Zur Bewältigung des Klimawandels sprechen sich Ökonominnen und Ökonomen häufig für eine Bepreisung des CO_2-Ausstoßes aus. In der Realität greifen politische Entscheiderinnen und Entscheider allerdings häufig zu „grüner" Technologiepolitik, wie Energieeffizienzstandards, Subventionen für erneuerbare Energien oder Vorschriften für Emissionsgrenzwerte bei Autos.

Eine ZEW-Studie, die in der renommierten European Economic Review veröffentlicht wurde, kommt zu dem Schluss, dass heutige Generationen durch technologiepolitische Maßnahmen weniger stark belastet werden als durch eine direkte CO_2-Bepreisung. Bei Wahlen und Abstimmungen könnten sich diese daher eher für grüne Technologiepolitiken aussprechen. Grüne Technologien sind relativ kapitalintensiv. Werden diese durch Technologiepolitik in den Markt gedrückt, subventioniert man damit implizit Kapital im Vergleich zu einer direkten CO_2-Bepreisung. Heutige Generationen, vor allem die älteren, haben bereits Kapital aufgebaut und werden daher durch eine grüne Technologiepolitik weniger belastet als durch eine Klimapolitik, die auf direkten CO_2-Preisen basiert. Künftige Generationen werden durch Technologiepolitiken allerdings stärker belastet als durch direkte CO_2-Preise.

Prinzipiell ist es aber möglich, die Vorteile beider Ansätze zu verknüpfen: Eine smarte Finanzierung grüner Technologieförderung nach dem Verursacherprinzip würde es ermöglichen, die Unterstützung der heutigen Generationen zu erreichen und gleichzeitig ökonomisch sinnvolle Klimapolitik für zukünftige Generationen zu wählen.

Problematisch sind schlecht konzipierte Technologiepolitiken. Ein Beispiel ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), bei dem jahrelang die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energie auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt wurden. Eine Finanzierung über eine CO_2-Steuer wäre hier sinnvoller gewesen.

STUDIE

„Green Technology Policies Versus Carbon Pricing: An Intergenerational Perspective"

www.zew.de/PU84107

2

BRAUCHEN WIR SUBVENTIONIERTE STROMPREISE ZUR TRANSFORMATION?

Ein Industriestrompreis schwächt Anreize zur Energieeffizienz und fördert nicht unbedingt die Wettbewerbsfähigkeit

Um den durch den Ukraine-Krieg verursachten Anstieg der Strompreise zu bewältigen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu schützen, erwog die Regierung im Jahr 2023 eine Subventionierung industrieller Strompreise. Eine ZEW-Studie zeigt, dass niedrigere Strompreise zu einem höheren Verbrauch führen, jedoch keine klaren Auswirkungen auf Umsätze und Beschäftigung haben.

Vor diesem Hintergrund diskutieren die Autorinnen in einem ZEW Policy Brief die Notwendigkeit und potenzielle Nachteile eines Industriestrompreises. Energiekosten sind für viele Betriebe nicht der entscheidende Faktor, und selbst in energieintensiven Branchen liegt der Kostenanteil am Umsatz bei unter fünf Prozent. Historisch gesehen waren industrielle Strompreise in Deutschland oft höher als in anderen Ländern, ohne dass dies die Wettbewerbsfähigkeit wesentlich beeinträchtigte.

Langfristig könnten subventionierte Strompreise sogar die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, indem sie veraltete Strukturen begünstigen und Investitionen in effiziente Technologien bremsen. Um als Industriestandort erfolgreich zu bleiben, ist eine aktive Transformation zu mehr Energieeffizienz unabdingbar, unterstützt durch traditionelle deutsche Stärken wie qualifizierte Arbeitskräfte und politische Stabilität.

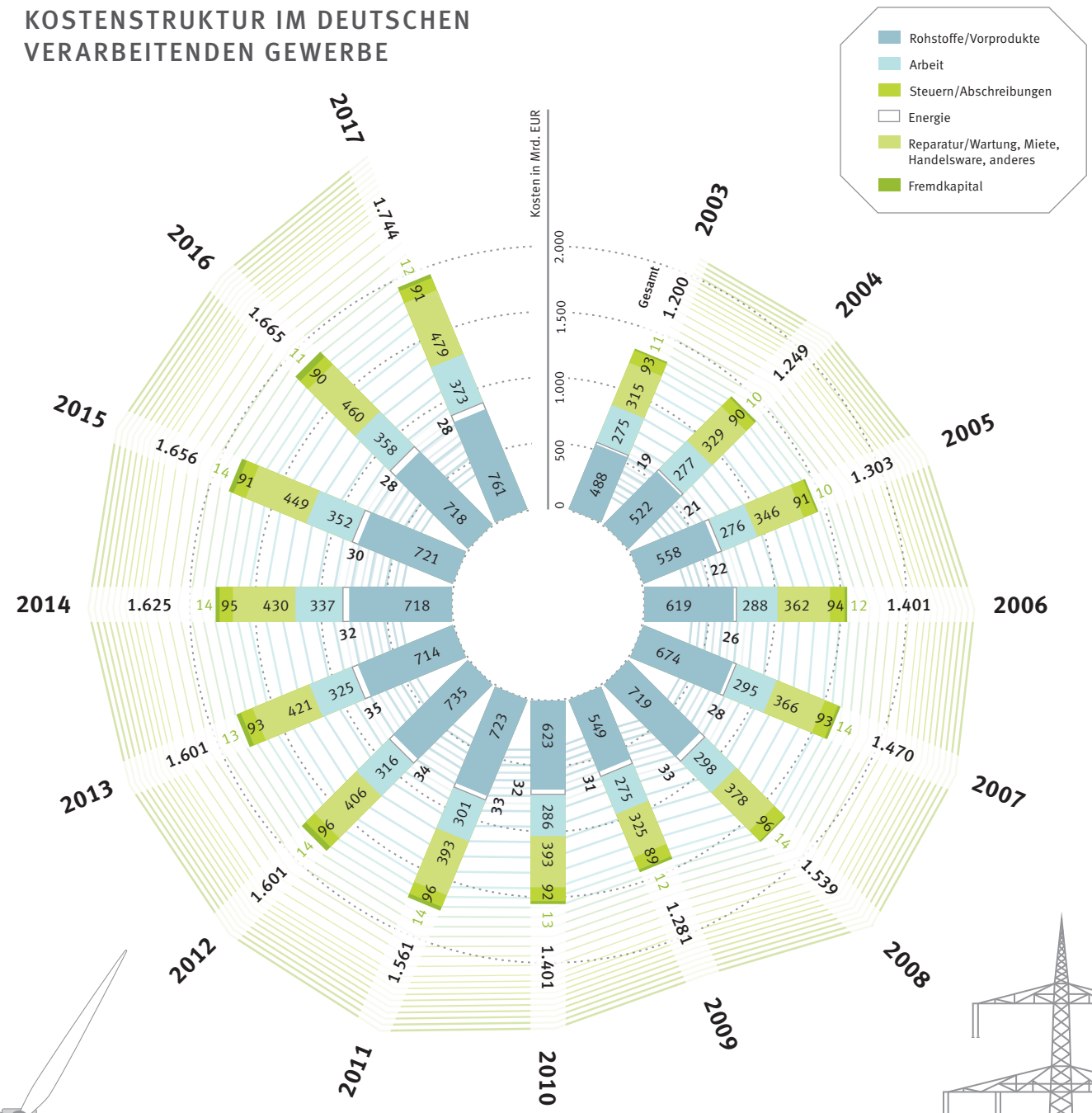
Anstatt sich auf kurzfristige Subventionen zu verlassen, sollte Deutschland auf langfristige Innovation und Effizienzsteigerungen setzen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass Strom in Deutschland aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit erneuerbarer Energien auch in Zukunft teurer bleiben könnte als im Ausland.

ZEW POLICY BRIEF

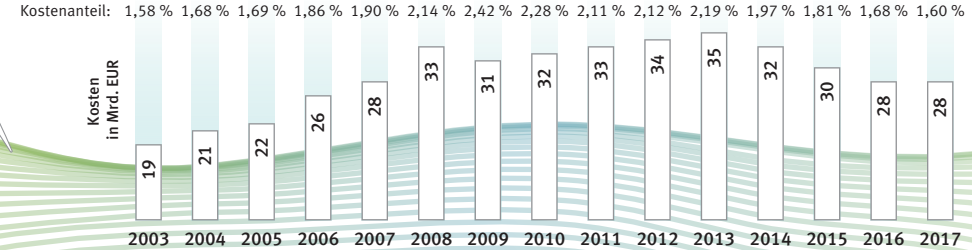
„Brückenstrompreis: Fehler aus der Vergangenheit fortführen?“

www.zew.de/PU84108

KOSTENSTRUKTUR IM DEUTSCHEN VERARBEITENDEN GEWERBE



KOSTENANTEIL DER ENERGIE IN BEZUG AUF DIE GESAMTKOSTENVERTEILUNG



ENERGIETRÄGER ZUR STROMERZEUGUNG

Windkraft · Solarenergie · Geothermie · Biomasse · Wasserkraft · Meeresenergie · Kohle · Erdöl · Erdgas

QUELLE: Kostenstrukturerhebung, 2003 – 2017. DOI 10.21242/42251.2003.00.01.1.1.0 bis 10.21242/42251.2017.00.01.1.1.0

FORSCHUNGSEINHEITEN

UNTERNEHMENS BESTEUERUNG UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT

UNTERNEHMENS-BESTEUERUNG UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT

LEITUNG

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

STELLVERTRETUNG

Dr. Zareh Asatryan
Dr. Katharina Nicolay

SCHWERPUNKTE

- Steuerliche Standortanalysen
- Empirische Wirkungen der Unternehmensbesteuerung
- Zukunftsorientierte Haushaltssteuerung
- Nationale und europäische Fiskalregeln
- Öffentliche Beschaffung

LEITUNG NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPE

Öffentliche Beschaffung
Leonardo Maria Giuffrida, PhD

1

WIE TRANSPARENT SIND EUROPAS SCHULDEN? – EIN INNOVATIVES VERANSTALTUNGSFORMAT

Vertreterinnen und Vertreter aus Medien, Wissenschaft und Bundesinstitutionen diskutieren nach dem wegweisenden Urteil zur Schuldenbremse

Im Rahmen eines ZEW-Workshops zur Zukunft der Schuldenbremse kamen Ende November 2023 Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Medien sowie von Bundesbank, Bundesrechnungshof und Bundesministerium der Finanzen im ZEW zusammen, um u. a. über das Problem der Intransparenz öffentlicher Haushalte zu diskutieren. Auch das Timing hat bei dieser Veranstaltung gestimmt, weil die spektakuläre Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Grundgesetzwidrigkeit schuldenfinanzierter Nebenhaushalte erst wenige Tage alt war.

Das Format dieses von der Strube Stiftung unterstützten Workshops unterschied sich grundlegend von üblichen wissenschaftlichen Konferenzen mit ihren Paper-Präsentationen. In vier Panels lieferten Expertinnen und Experten prägnante Einschätzungen aus verschiedenen Blickwinkeln, um dann rasch miteinander und mit den Teilnehmenden in die Debatte einzusteigen, darunter auch viele Studierende.

Wichtige Einsichten und Bewertungen kamen zutage: zum Beispiel, dass Transparenzprobleme nicht nur beim Bund, sondern auf allen föderalen Ebenen existieren. In Deutschland fehlt es an zeitnahen detaillierten Einblicken in den Zustand der Länderfinanzen. Schulden werden zudem gerne in öffentliche Unternehmen verschoben. Auf europäischer Ebene sorgt insbesondere der schuldenfinanzierte Corona-Wiederaufbauplan für versteckte Lasten. Zum Verhältnis von Schuldenbremse und Zukunftsinvestitionen brachte der Workshop eine klare Absage zur plakativen Gleichsetzung der Schuldenbremse mit einer Investitionsbremse. Die Diskutierenden waren sich weitgehend einig, dass die Gegenwartsorientierung der Politik das eigentliche Hindernis für höhere Investitionen ist. Eine Reform der Schuldenbremse muss daher darauf abzielen, die Struktur der Ausgaben in Richtung von Zukunftsaufgaben zu verändern.

WORKSHOP
www.zew.de/AM8875

2

MIT WEM STEHE ICH IM STEUER-WETTBEWERB? DIE SICHTWEISE DEUTSCHER GEMEINDERÄTE

Laufende Studie befasst sich mit der räumlichen Dimension des Steuerwettbewerbs

Kommunen in Deutschland treffen bei der Gewerbesteuer autonome Entscheidungen über die Höhe dieser Steuern für Unternehmen. Dabei berücksichtigen sie auch die Höhe der Steuern in anderen Gemeinden. Bisherige Modelle des Steuerwettbewerbs treffen die Annahme, dass sich Gemeinden vor allem mit ihren Nachbarn vergleichen. In einem laufenden Forschungsprojekt wird die Gültigkeit dieser Annahme durch einen innovativen „narrativen" Ansatz überprüft.

Dieser narrative Ansatz macht sich die Informationen zunutze, die in Redebeiträgen der Kommunalpolitiker/innen enthalten sind. Dazu werden die Protokolle der Gemeinderatsitzungen textanalytisch ausgewertet. Diese Herangehensweise hilft dabei, die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Motive für Steueränderungen zu identifizieren. Außerdem lässt sich über diesen narrativen Ansatz unmittelbar beobachten, mit welchen konkreten anderen Gemeinden sich eine Gemeinde tatsächlich vergleicht.

Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass die einfache Steuerwettbewerbsannahme zu ungenau ist. Die wichtigsten Peers in steuerpolitischen Vergleichen sind aus Sicht lokaler Akteure nicht immer die Nachbarkommunen. Stattdessen vergleichen sich Politikerinnen und Politiker in sehr großen deutschen Kommunen viel eher mit anderen großen Kommunen, auch wenn diese weit entfernt liegen. Hingegen spielt für kleinere Gemeinden das Kriterium der unmittelbaren Ähnlichkeit eine Rolle für die Bestimmung einer Referenzkommune. Dabei sind die Wettbewerbsnetze asymmetrisch, Gemeinden nennen sich also nicht zwingend gegenseitig. Durch diesen Ansatz ist es gelungen, ein Verflechtungsnetz zu beschreiben, das die steuerpolitische Interaktion zwischen den deutschen Kommunen nuancierter als bisherige Ansätze erfasst.

MIT WEM VERGLEICHEN SICH DEUTSCHE KOMMUNEN?

Die Grafik illustriert die Beziehungen für steuerpolitische Vergleiche von Kommunen. Eine Verbindungslinie bedeutet, dass in den Kommunen, etwa in den Sitzungen des Gemeinderats, auf andere Gemeinden Bezug genommen wird. Der Pfeil beschreibt die Richtung des Verweises.

QUELLE: ZEW, laufende Forschung

FORSCHUNGSEINHEITEN

GESUNDHEITSMÄRKTE UND GESUNDHEITS POLITIK

GESUNDHEITSMÄRKTE UND GESUNDHEITS-POLITIK

LEITUNG

Leitung: Prof. Dr. Simon Reif

SCHWERPUNKTE

- Digital Health
- Marktstrukturen im Gesundheitswesen
- Vergütung von Gesundheitsleistungen

1

DYNAMISCHE NUTZENBEWERTUNG ALS INNOVATIONSTREIBER BEI GESUNDHEITS-APPS

- **Immer mehr Apps auf Rezept verfügbar in Deutschland**
- **Nutzenbewertung und Vergütung muss weiterentwickelt werden, um Anreize für Innovation zu stärken**

Ende 2023 gab es in Deutschland 49 digitale Gesundheits-Anwendungen, kurz DiGAs, die Ärztinnen und Ärzten als „App auf Rezept“ verschreiben können. Die Kosten für die Nutzung dieser DiGAs werden dann von den gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen. Der Zulassungs- und Preisverhandlungsprozess für DiGAs weist im Vergleich zu Arzneimitteln zwei Innovationen auf. Zum einen kann neben dem Nachweis des medizinischen Nutzens auch der Nachweis von Struktur- und Verfahrensverbesserungen zur Vergütung führen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, Anwendungen vorläufig zu verschreiben und zu vergüten, wenn erste positive Effekte nachgewiesen wurden, um innerhalb eines Jahres weitere Studienergebnisse vorzulegen.

Anhand der ersten zugelassenen DiGAs ist erkennbar, dass viele Hersteller von der Möglichkeit Gebrauch machen, frühzeitig in die Versorgung zu kommen. Die Option, neben dem medizinischen Nutzen auch andere Versorgungsverbesserungen als Mehrwert für die Zulassung anzugeben, wird jedoch kaum genutzt. Dies liegt teilweise an den strengen Anforderungen an die Indikatoren im Zulassungsprozess.

Eine höhere Akzeptanz von automatisch erhobenen Versorgungsdaten könnte die Markteinführung innovativer Gesundheitslösungen erleichtern. Durch solche Daten könnte außerdem der Nutzen für Patientinnen und Patienten regelmäßig ermittelt werden. Eine solche dynamische Nutzenbewertung mit Auswirkungen auf die Vergütung würde Anreize setzen, einmal zugelassene DiGAs kontinuierlich weiterzuentwickeln.

STUDIE

„Dynamic HTA for Digital Health Solutions: Opportunities and Challenges for Patient-Centered Evaluation“
www.zew.de/PU84399

2

HAUSARZTBESUCHE IN DEUTSCHLAND SIND KURZ, ABER HÄUFIG

Projekt im Auftrag der Strube Stiftung zu Anreizen in der hausärztlichen Versorgung

Der Austausch zwischen Ärztinnen bzw. Ärzten und Patientinnen bzw. Patienten ist der Schlüsselfaktor für gute Versorgung, insbesondere im hausärztlichen Sektor. Um eine vollumfängliche Anamnese mit treffsicheren Diagnosen zu stellen und gemeinsame Behandlungsentscheidungen zu treffen, muss ausreichend Zeit für die vertrauensvolle Interaktion vorhanden sein. Was ausreichend bedeutet, ist jedoch sowohl in der gesundheitspolitischen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion eine offene Frage. Vergleicht man die aktuelle Versorgungssituation in europäischen Ländern, so lassen sich große Unterschiede in den Kontaktzeiten zwischen Ärztinnen und Ärzten und ihren Patientinnen und Patienten beobachten.

Die Unterschiede in der hausärztlichen Kontaktzeit können mit der Art der Vergütung zusammenhängen. In Ländern, in denen jede Leistung einzeln abgerechnet wird (sogenannte Fee-for-Service-Systeme, FFS), liegt die durchschnittliche Kontaktzeit bei etwa 14 Minuten. In Ländern, in denen über Kopfpauschale pro Patient/in oder Festgehalt pro Arztpraxis vergütet wird, ist die durchschnittliche Kontaktzeit um zwei Minuten kürzer. Im Ländervergleich ist auffällig, dass es eine starke negative Korrelation zwischen der Kontaktzeit und der Anzahl der jährlichen Arztbesuche gibt. Längere Kontaktzeiten gehen häufig mit weniger Arztbesuchen einher.

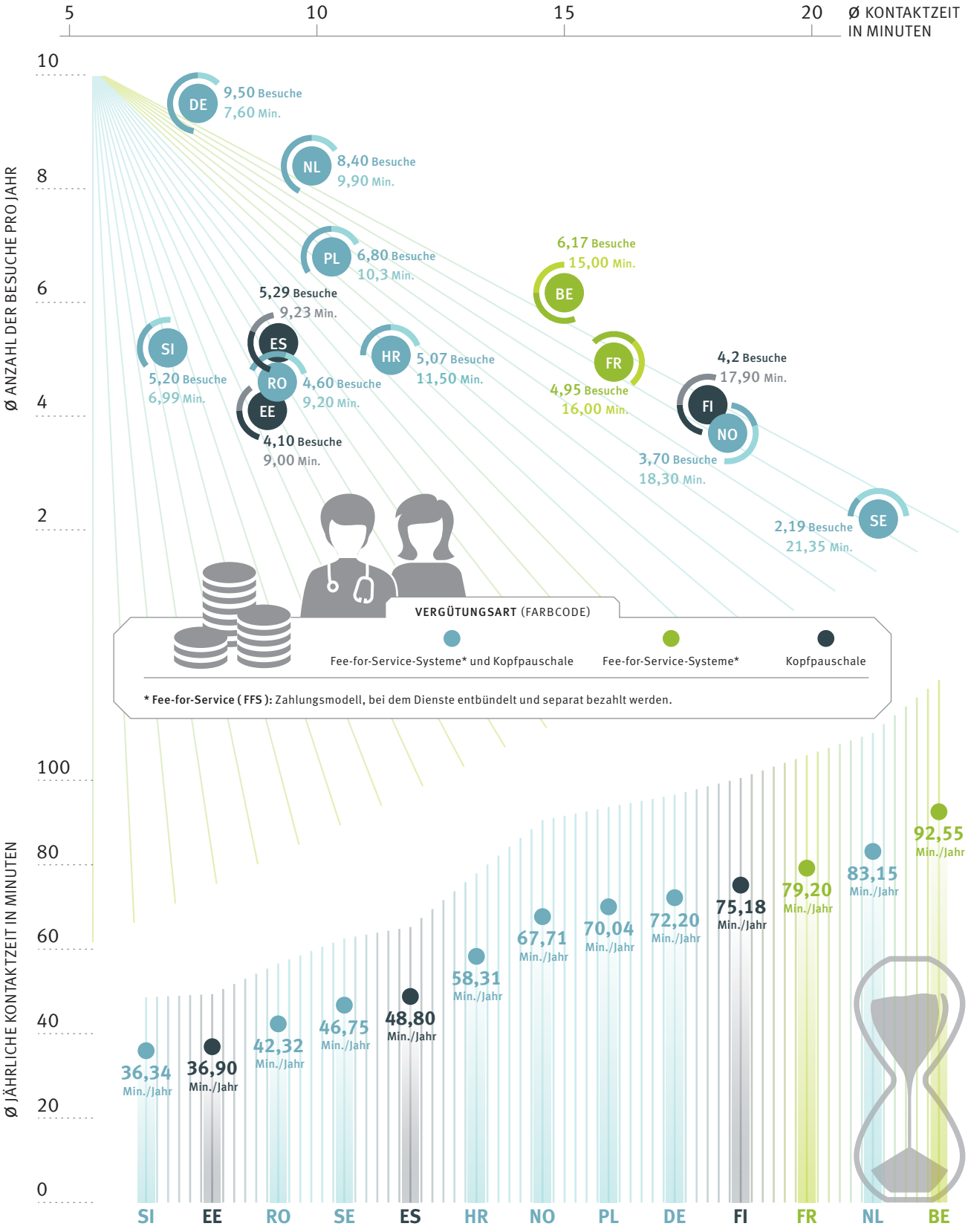
Die Daten zeigen, dass Deutschland durch sehr kurze Kontaktzeiten bei besonders vielen Arztkontakten auffällt. Für die gesundheitspolitische Diskussion über die Weiterentwicklung der ambulanten Versorgung ist zu klären, ob diese Form der Leistungserbringung gesellschaftlich gewünscht und wirtschaftlich nachhaltig ist.

GUTACHTEN

„Behandlungsgespräche in der Arztpraxis – Ein Europäischer Vergleich“
www.zew.de/PU84364

BEHANDLUNGSGESPRÄCHE IN DER ARZTPRAXIS – EIN EUROPÄISCHER VERGLEICH

KONTAKTZEIT UND ANZAHL DER BESUCHE PRO JAHR



QUELLE: Irving et al. (2017), Eurostat (Consultation of a medical doctor)

FORSCHUNGSEINHEITEN

UNGLEICHHEIT UND VERTEILUNGS POLITIK

UNGLEICHHEIT UND VERTEILUNGSPOLITIK

LEITUNG

Prof. Dr. Holger Stichnoth

SCHWERPUNKTE

- Ungleichheit
- Steuer- und Sozialpolitik
- Lebenszyklus und Familie
- Simulationsmodelle

1

MANNHEIMTAXATION FEIERT JUBILÄUM UND ERFOLGREICHE VERLÄNGERUNG

- **Zehnte Jahreskonferenz mit Prof. Joel Slemrod und Prof. Rebecca Lester**
- **Festakt mit Baden-Württembergs Finanzminister Dr. Danyal Bayaz**
- **Erfolgreiche Verlängerung um weitere vier Jahre**

Im September 2023 fand die zehnte internationale MannheimTaxation-Jahrestagung zur Steuerforschung von ZEW und der Universität Mannheim statt. Mit der kürzlich erfolgten Verlängerung des Leibniz-WissenschaftsCampus gab es einen weiteren Grund zum Feiern. Die Jubiläumsausgabe war ein voller Erfolg. Über 80 Teilnehmende aus aller Welt diskutierten in zwölf Vortrags- und zwei Poster-Sessions 43 aktuelle Arbeiten zu Steuerforschung. Die Keynote-Vorträge hielten Prof. Joel Slemrod von der University of Michigan und Prof. Rebecca Lester von der Stanford University.

Im November 2023 wurde das Jubiläum von MannheimTaxation dann in einem Festakt gefeiert, mit Gästen wie Baden-Württembergs Finanzminister Dr. Danyal Bayaz, Prof. Dr. Sebastian Lentz (Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft) und Prof. Dr. Thomas Puhl, Rektor der Universität Mannheim. Prof. Dr. Christoph Spengel, der Gründungssprecher von MannheimTaxation, und Forschende des Campus stellten Leuchtturmprojekte der letzten zehn Jahre vor. Anschließend diskutierten der aktuelle Sprecher des Campus, Prof. Dr. Philipp Dörrenberg, und Prof. Dr. Katharina Nicolay mit Dr. Danyal Bayaz über die Zukunft evidenzbasierter Politikberatung.

MannheimTaxation ist eine gemeinsame Initiative des ZEW und der Universität Mannheim. Der WissenschaftsCampus fördert hochwertige Forschung sowie den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik. Der Fokus liegt auf der Gestaltung zukünftiger Steuerpolitik vor dem Hintergrund der europäischen und globalen Integration sowie aktueller Herausforderungen. So nimmt MannheimTaxation etwa in der Aufarbeitung der illegalen Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte eine führende Rolle ein. Weitere Projekte beschäftigen sich mit den Auswirkungen einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen sowie der Gestaltung der Kindergrundsicherung mithilfe des Steuer-Transfer-Simulationsmodells ZEW-EviSTA.

WEITERE INFORMATIONEN
www.mannheimtaxation.eu

2

FRAUENWAHLRECHT BEFÖRDERT DIE EMANZIPATION AUCH JENSEITS DER POLITIK

- Studie zur Einführung des Frauenwahlrechts in der Schweiz
- Veröffentlicht im renommierten Economic Journal
- ZEW-Förderkreis: Preis für das beste Forschungspapier 2023

Eine Studie des ZEW gemeinsam mit der Universität Basel untersucht, wie die Einführung des Wahl- und Stimmrechts die Emanzipation von Frauen auch jenseits der Politik beeinflusst. Basierend auf Zensusdaten über fünf Jahrzehnte nutzt die Studie die Variation, die sich aus der zeitlich gestaffelten Einführung des Frauenwahlrechts in Schweizer Kantonen ergibt. Die Kantone führten das Stimm-und Wahlrecht gestaffelt zwischen 1958 und 1971 ein (siehe Abbildung). In vielen Kantonen erfuhren Frauen erst im Zuge eines Volksentscheids im Jahr 1971, durch den das Frauenwahlrecht auf nationaler Ebene eingeführt wurde, die politische Ermächtigung. Durch die Staffelung kann mithilfe ökonometrischer Verfahren der kausale Einfluss plausibel identifiziert werden. Die Studie vergleicht hierzu die Lebensentscheidungen zwischen Frauen, die in einer Welt mit politisch ermächtigten Frauen sozialisiert wurden, mit ansonsten vergleichbaren Frauen, die zuvor sozialisiert wurden, also zur Zeit der Einführung bereits älter waren.

Es zeigt sich, dass Frauen, die dem Frauenwahlrecht früher ausgesetzt waren, im Durchschnitt häufiger erwerbstätig sind, höhere Bildungsabschlüsse erwerben, seltener heiraten und sich eher scheiden lassen als Frauen, die dies später im Leben erleben. Die Studie liefert zudem Evidenz, die darauf hindeutet, dass eine gesteigerte Selbstwirksamkeit der primäre Wirkungskanal zu sein scheint.

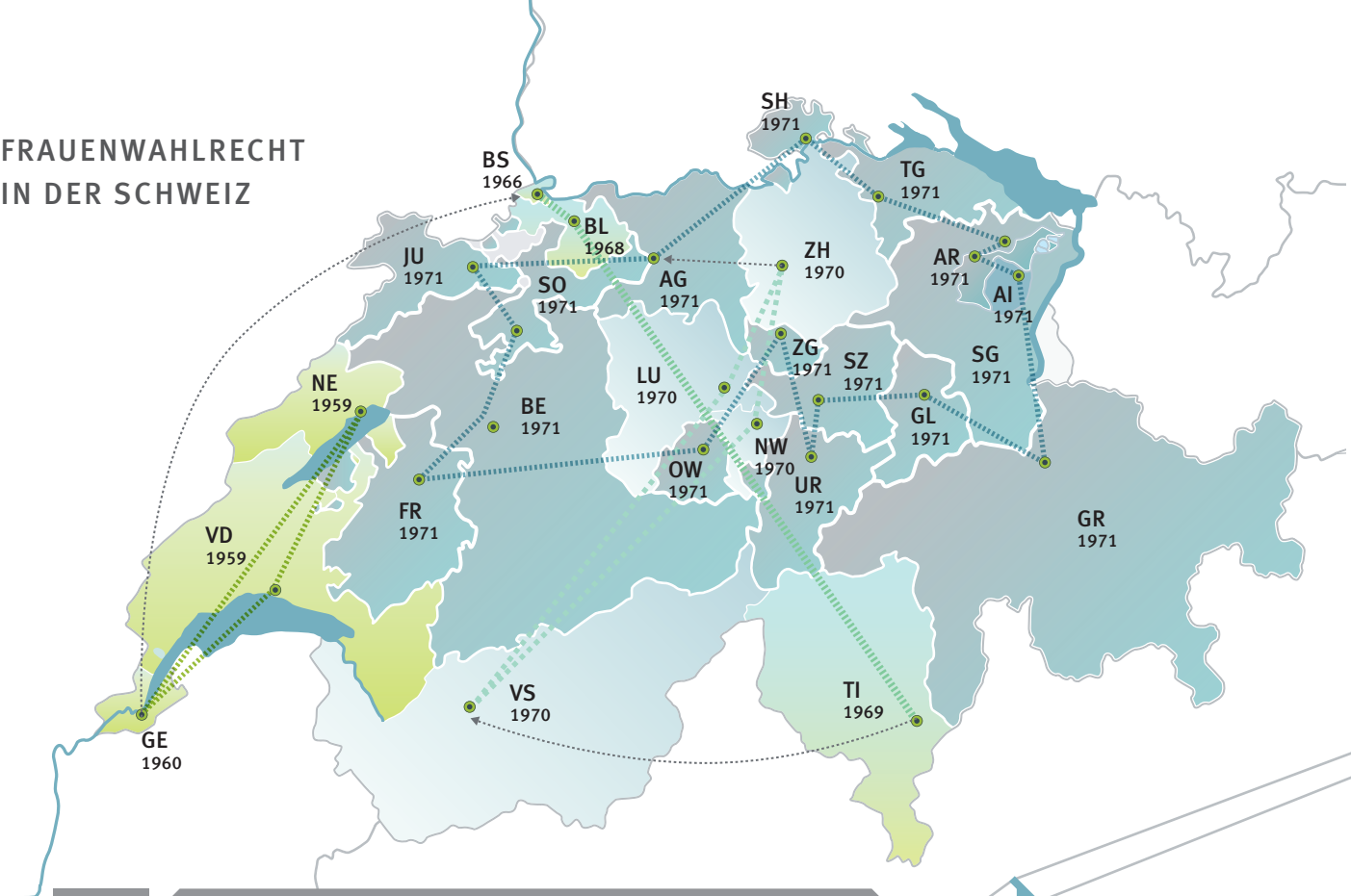
Für ihre Studie, die im renommierten Economic Journal veröffentlicht wurde, erhielten Dr. Michaela Slotwinski vom ZEW und Prof. Dr. Alois Stutzer von der Universität Basel den ZEW-Förderkreis-Preis für das beste Forschungspapier 2023.

GUTACHTEN

„Women Leaving the Playpen: the Emancipating Role of Female Suffrage“

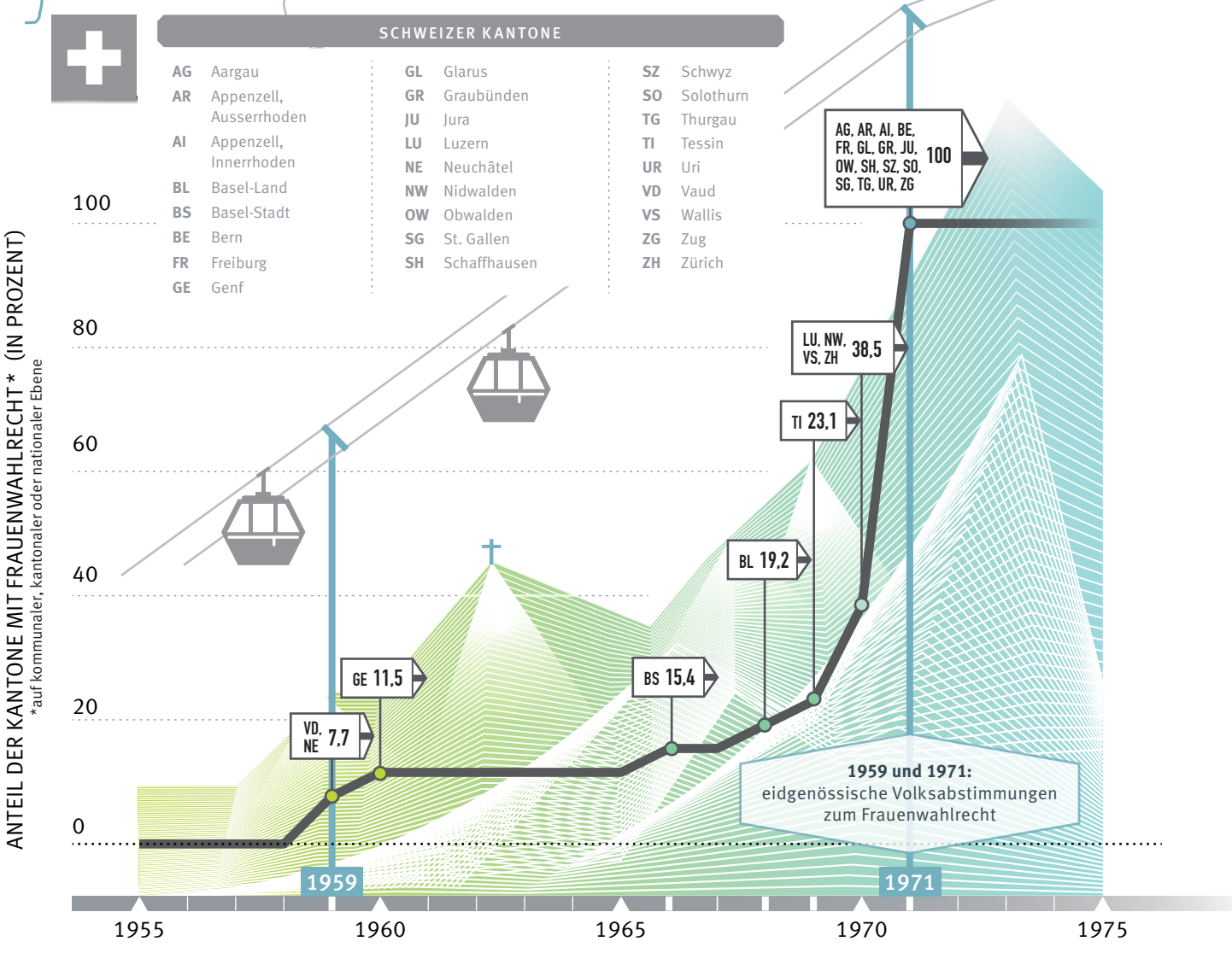
www.zew.de/PU83794

FRAUENWAHLRECHT IN DER SCHWEIZ



SCHWEIZER KANTONE

AG	Aargau	GL	Glarus	SZ	Schwyz
AR	Appenzell, Ausserrhoden	GR	Graubünden	SO	Solothurn
AI	Appenzell, Innerrhoden	JU	Jura	TG	Thurgau
BL	Basel-Land	LU	Luzern	TI	Tessin
BS	Basel-Stadt	NE	Neuchâtel	UR	Uri
BE	Bern	NW	Nidwalden	VD	Vaud
FR	Freiburg	OW	Obwalden	VS	Wallis
GE	Genf	SG	St. Gallen	ZG	Zug
		SH	Schaffhausen	ZH	Zürich



IMPRESSUM.

HERAUSGEBER

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim
www.zew.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Prof. Achim Wambach, PhD
Präsident

Claudia von Schuttenbach
Kaufmännische Geschäftsführerin

REDAKTION | KOORDINATION
Sarah Tiedemann, Dr. Daniela Heimberger

REDAKTION DOSSIER
Dr. Frank Herkenhoff

ART DIRECTION
Janin Villhauer

DESIGNKONZEPT | UMSETZUNG
Yvonne Lupp

KONZEPT INFOGRAFIKEN | UMSETZUNG
Simone Mann

FOTOKONZEPT | UMSETZUNG
Dirk Aschemann

FOTOGRAFIE | RETUSCHE
Anna Logue Fotografie
www.annalogue.de

DRUCK
MEHGRO WERBUNG GMBH
Gewerbegebiet 2
99765 Urbach

ZEW Jahresbericht 2023
28. Jahrgang · ISSN 1434-4424

© ZEW, Mai 2024

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des ZEW gestattet.

HINWEIS.

Eine umfassende Übersicht über die Forschungsleistung und Vernetzung des ZEW 2023 finden Sie unter:
www.zew.de/dokujahresbericht23

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C106855
www.fsc.org

eco zoom
natureOffice.com/333-OCQ-065

Das ZEW legt großen Wert auf Nachhaltigkeit. Dieser Jahresbericht ist deshalb auf 100 % Recycling-Papier gedruckt, das ohne Deinking und optische Aufheller CO_2-neutral verarbeitet wurde. Druck und Weiterverarbeitung wurden CO_2-kompensiert.